

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Beisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreieckspaltige Zeitzeile oder deren Raum 34.

## Die säumigen Zahler müssen sühniglich ihre Pflichten erfüllen, wenn sie ihre Rechte im Verband behalten wollen!

Inhalt: Keine Ruhe in Preußen! — „Zukunftsstaat“ und Zwangsgewalt des Gegenwartstaates. — Wie wird in Preußen regiert? — Militarismus und Kulturarbeit. — Ein Mitarbeiter über die soziale Frage und den Sozialismus. — Politische Unschau. — Maurerbewegung; Streits, Ausverkünfte, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gauvorstände. Berichte. — Centralkrankenkasse. — Von Bau: Das Baujahr 1907. Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus Unternehmensberufen. — Aus anderen Berufen. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkästen. — Anzeigen. — Feuilleton. — Geschäftsbüro: Büromöbel.

### Keine Ruhe in Preußen!

Am 10. Januar trat der preußische Landtag wieder zusammen, nachdem er reichlich lange Weihnacht gefeiert hatte. Gleich für die erste Sitzung stand der Antrag der freisinnigen Parteien auf der Tagesordnung:

Die Regierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

1. unter Abänderung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preußischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmbabgabe zur Einführung gelangt;
2. zugleich auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und entsprechend den Grundsätzen des Gesetzes vom 27. Juni 1860 eine anderwerte Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus herbeigeführt und die Ge- fangschaft der Abgeordneten neu bestimmt wird.

In allen politischen Kreisen hatte man diesem Tage mit begreiflicher Spannung entgegengesehen; denn am 10. Januar sollte es sich entscheiden, wie das, was sich heute preußische Regierung nennt, über die Wahlrechtsfrage denkt. Eine programmatische Erklärung des Ministerpräsidenten Fürst Bülow war angekündigt worden, über die man sich schon vorher in allerlei Mutmaßungen erging.

Die sozialdemokratische Partei als legitime Vertreterin der Arbeiterschaft, der Klasse, die am schwersten unter dem heutigen geltenden Wahlrecht zum preußischen Landtage lebt, hatte für den 9. Januar in allen Teilen des preußischen Staates Demonstrationssammelungen einberufen, die noch einmal den Willen des Volkes nach einer durchgreifenden Wahlreform bekunden sollten. Diese Versammlungen haben stattgefunden, und sie haben trotz des in ganz Norddeutschland herrschenden Unmeters, das wirkliche Volk Preußens in einer noch nie vorher erreichten Anzahl zusammengeführt. In der Reichshauptstadt, im jüngst gefnebelten Osten, in Schlesien, in den inneren Provinzen, im Norden, in industriellen Westen und im Süden, der früher einmal bessere Zeiten gesehen hat, überall war die Beteiligung über alle Erwartungen großartig. In allen diesen Versammlungen — es mögen 1000 und mehr gewesen sein — wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, die unter Hinweis auf den weit mehr demokratisierten Süden des Reiches für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen fordert. Die Beschlüsse der Versammlungen wurden durch Telegramme dem betreffenden Landtagsabgeordneten des Kreises, dem Präsidenten des Landtags und dem Ministerpräsidenten mitgeteilt.

Bei der Eröffnung des Landtags hielten mehrere hundert Arbeiter die Straße, in der das Landtagsgebäude liegt, besetzt und empfingen die ankommenden

Abgeordneten und Minister mit stürmischen Hochrufen auf das freie Wahlrecht. Im Sitzungssaale selbst waren die Tribünen überfüllt, besonders das Arbeiter-Element hatte sich zahlreich eingefunden. Der freisinnige Antrag wurde von dem alten Demokraten Träger begründet. Dann kam die so heiß erwartete

### Erklärung der Regierung zur Frage der Wahlreform:

Die Königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorrichtungen des preußischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die Königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlrecht auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie aus diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundätzliche Änderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklär werden muß, steht es für die Königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Übergabeung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb ablehnen ist. Auch kann die Königliche Staatsregierung die Erleichterung der öffentlichen Stimmbabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. Jede gewisse Reform des preußischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern müssen, und deshalb auf eine gerechte Aufteilung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen oder, ob und inwieweit das Stimmbabrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung u. dergl., zweckmäßig abgestuft werden muß. Sobald die Königliche Staatsregierung für ihre Entschlüsse festen Unterlagen gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann, wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten.

Das ist die Erklärung der Regierung! Sie wurde von der Rechten des Landtages, mit lebhaftem Beifall, von der Linken mit Widerpruch und Zischen aufgenommen. Nach Bülow sprach noch ein Konservativer, kein Junker, sondern ein Gewerbetreibender aus Stettin, der Buchdruckereibesitzer Maltewitz. Natürlich war er mit der Regierungserklärung im ganzen zufrieden. Er verteidigte das bestehende Wahlrecht und hatte es leicht, den freisinnigen Parteien den leider begründeten Vorwurf der Inkonsistenz zu machen, daß sie für Preußen ein Wahlrecht forderten, das sie in anderen Staaten (Bremen und Hamburg) ablehnten. Der Redner der Nationalliberalen, Krause-Königsberg stützte der Regierungserklärung im großen und ganzen zu, verlangte aber eine Neuenteilung der Wahlkreise. Dr. Porath als Redner des Zentrums erklärte sich für den freisinnigen Antrag in seinem ersten Teile, lehnte aber die Neuenteilung der Wahlkreise ab. Von den Freisinnigen hatten noch Bahnicke und Fischbeck und von den Polen Korffsky geredet. Bülow hörte ihre Reden nicht mehr an; denn was gilt ihm und seinen Auftraggebern deren Gerede! Die Regierung hatte ihre Meinung gesagt, mit den Junktoren war sie einig, und was kümmert sie sich um das andere

Knotenpac! Soweit es nicht als Steuerzahler und Kanonenfutter in Betracht kommt, ist es ihr Lust, noch weniger als Lust. Damit ist sie bis jetzt durchgekommen und sie wird, so denkt sie, auch weiter Glück damit haben, solange bis — wer weiß? Nach uns die Sintflut!

Die Rechnung der Regierung hat ein Loch, ein großes und gefährliches Loch. Das heißt, gefährlich für sie, die Regierung und ihre Folgänger, nicht für uns, für das Volk. Die Reaktionäre pflegen bei all ihrer gerissenen Routine die Veränderungen außer Bezug zu lassen; die das Machtpräfektur durch neu aufkommende Kräfte erfahren hat. Sie halten sich an die Form, und da diese nicht anders geworden ist, so bemerken sie nicht das neue Leben, das sich hinter der alten Schale reibt und wächst, das wächst und immer neue Energien in sich aufnimmt, bis eines Tages die Schale bricht.

Die Regierung kennt die Volksbewegung für ein freies Wahlrecht in Preußen nicht. Sie weiß nicht, wie diese Bewegung ständig an Kraft und Größe zunimmt. Sie sieht die Versammlungen durch die Polizeibrille, und da sich diese von je durch eine phänomene Kürzsichtkeit ausgezeichnet hat, so entgeht ihr das gähnende Ferment, das erwachende politische Interesse, aufgewachsen von dem Gefühl, daß hier ein fast sechzigjähriges Riesengroßes Unrecht abzuwickeln ist. Sie glaubt diese Bewegung durch eine categorische Erklärung: Nein! es gibt kein freies Wahlrecht! zurückhalten zu können. Sie wird sich täuschen. Es ist zu spät dazu. Es wäre eine nationale Schmach, eine helle Schande für das deutsche Volk, wenn es sich bei dieser Erklärung beruhigen wollte. Das darf das Volk nicht! Sollen Deutsche weniger politische Rechte haben, als die Bewohner eines Ballonraubstaates? Soll das deutsche Volk noch länger auf einer tieferen Stufe der politischen Kultur stehen, als die Bürger einer südamerikanischen Republik? Preußens Regierung will es. Aber das Preußenvolk will es nicht. Und es darf es nicht wollen.

Darum kommt der Regierungserklärung nur die Bedeutung eines historischen Dokuments zu. Etwa so, wie man heute eine Vorordnung aus dem Mittelalter zur Illustrierung kulturgechichtlicher Werke benutzt, wird man einmal diese Regierungserklärung als merkwürdiges Dokument aufführen, um zu beweisen, wie wenig derartige Lüfterschüttungen der Geschichte ehrlos Muß aufzuhalten können.

Die Demokratie lehrt nicht um: Wo man ihr Zugang versperrt, da macht sie Halt und sammelt ihre Kräfte, legt ihre Laufgräben an und zerstört die feindliche Hochburg. Mit dieser Taktik wird sie sich den Gedall untertan machen, wie sie uns genugsam bewiesen hat.

Aber: Die Demokratie ist kein Gebilde aus irgend einer höheren Sphäre. Die Demokratie sind wir! Was unter dem Unrecht leidet, gehört zu uns. Wir müssen weiterkämpfen. Der 10. Januar war nicht der Höhepunkt eines Kampfes, er war der Anfang. Unsere Arbeit geht weiter. Sie besteht in der fortdauernden Aufzettelung aller derer, die durch ihre soziale Lage unter dem herrschenden Wahlrecht leiden. Verbandskollegen, lädt es nicht daran fehlen! Für euch, wie für alle Arbeiter gilt die Parole:

Keine Ruhe in Preußen, ehe nicht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt ist!

## "Zukunftsstaat" und Zwangsgewalten des Gegenwartstaats.

I.

Die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Propaganda der sogenannten „Staatsverhältnisse“ hat, ihre hervorstechendsten Charakteristiken in einem förmlichen System von Begräßen, Phrasen und Schlagwörtern, darauf berechnet, die Wahrheit zu verdunkeln, über entscheidende Tatsachen hinwegzutäuschen, Begriffe zu verbirken und zu fälschen, um gehässige Vorurteile und blöden Fanatismus wider die „Umfurtpartei“ zu erzeugen. So haben sie den Umstand, daß die Sozialdemokratie, geleitet von der Einsicht in die Logik der Weltgeschichte, überzeugt ist von der Rettungswürdigkeit und Unabwendbarkeit einer besseren, gerechteren, vollkommeneren Staats- und Gesellschaftsordnung, zum Anlaß genommen, das Bild eines wahrhaft schrecklichen „sozialdemokratischen Zustands“ zu entwerfen. Da geraten sie denn gleich von vornherein in einen tragischen Widerspruch mit sich selbst. Sie behaupten, die Sozialdemokratie könne ihr Ziel, den „Zukunftsstaat“, nur erreichen durch „völlige Verstörung der Grundlage aller Ordnung“, die sie je nach ihrer Geistesrichtung als „natürliche“ oder als „von Gott gegebene“ Grundlagen bezeichnen; es müsse sie darauf ankommen, „alle Autorität zu vernichten“ und einen „anarchistischen Zustand“, einen Zustand der „wildesten Bürgellosigkeit“ herzuführen. Zugleich aber versichern sie, der „sozialdemokratische Zukunftsstaat“ würde zur „völligen Beseitigung der persönlichen Freiheit“ führen; er werde keinem Menschen das Recht lassen, sich frei nach Neigung und Fähigkeit zu betätigen; er werde die „denkbare schlimmste Organisation modernen Lügens“, eine „große Zwangswirtschaft“ sein. Wie sind diese Behauptungen miteinander zu vereinbaren? Solch ein Staat würde doch ohne Zweifel eine äußerst starke Autoritäts Herrschaft voraussetzen und ganz zweifellos eine Ordnung darstellen. Wie wäre, wenn ein mit besonderem Scharfum begabter Ordnungspolitiker versucht, diesen Widerspruch zu lösen?

Aber das ist nur ein Teil des Widerspruchs, in dem die „Staatsverhältnisse“ sich verstreiden bei dem Bemühen, vor dem von ihnen konstruierten „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“ gründlich zu machen. Sie selbst bezeichnen den Staat ganz richtig als eine Einrichtung, die ihrem Wesen nach und um ihrer Existenz willen des Zwanges nicht entbehren kann. Es ist die wichtigste und bedeutamste aller staatsrechtlichen Lehren, daß die Unterordnung der Staatsbürger unter bestimmte Rechtsnormen, Gesetze, Einrichtungen erzwungen werden müsse und daß es Aufgabe der Staatsgewalt sei, diesen Zwang auszuüben.

Diese Theorie — der wir unter gewissen Voraussetzungen auch beipflichten — hat gegolten von Beginn der Staatenbildung an bis zu diesem Tage. Die Weltgeschichte belehrt uns darüber, welche praktische Bewährung

sie erfahren hat. Der Staat war bis jetzt immer und überall Klassestaat. Das Sonderinteresse herrschender Stände und Kläffen hat ihm das Gepräge gegeben, ihn organisiert, ihn sich dienstbar gemacht. Gleichviel welche Macht dabei jeweils den Ausschlag gegeben hat, ob eine politische, wirtschaftliche oder kirchliche, stets hat sie die Volksmutter unter ihre Herrschaft gezwungen, unter Zwangsmaßnahmen. Anwendung brutaler, nicht selten blutiger Gewalt. Zwang, Gewalt war das oberste Gesetz dieser Herrschaft. Der Feudalismus, der monarchische und der kirchliche Absolutismus waren Schöpfungen gwingender Gewalt. Und nie hat diese Gewalt gewirkt in der Richtung zum Heile des Volks, um es zu erlösen aus den Banden der Not, der Unfreiheit und des Vorurteils, sondern stets scharrt entgegengesetzt, um das Volk nicht zu einer gesunden Entwicklung gelangen zu lassen, um ihm Freiheit und Recht, Wohlstand und Bildung vorzuenthalten. Gegen jeden Verdacht, dieses Zwangsgesetz des herrschenden Interesses zu brechen und zu überwinden, haben die „Autoritäten“ alle ihre Gewaltmittel zur Anwendung gebracht. Sie haben die arbeitenden Massen in schlimmer, wahrhaft menschenentzweitender Abhängigkeit von sich erhalten, entsprechend dem Dogma der entarteten Selbstsucht, daß „nach göttlicher Anordnung“ es „Herrnen und Knechte, Untertänige und Unterdrückte, Befehlende und Gehorrende“ geben müsse, daß darin eigentlich sich alle „wahre Ordnung“ befinde. Sie haben das Zwangsgesetz über die Massen als unantastbares, von „göttlicher Allmacht und Allweisheit“ verliehenes Herrenrecht in Anspruch genommen und gelbt in einer Weise, die vom menschlichen Recht der Unterdrückten nichts übrig läßt. Als unfähig und unverwert erachteten sie den einzigen der unterdrückten Massen wie dies selbst, über sich nach freiem Erneisen zu bestimmen. Bedeutendsten Zwang in jeder Hinsicht bezeichneten sie als unerlässlich, um das „Volk im Zaune zu halten“ und die „Ordnung“ zu schützen.

Doch wir brauchen gar nicht in die Vergangenheit zu schwanken, um zu erkennen, daß alle Herrschaft im Klassestaate Zwangsgesetz ist und nichts anderes sein kann. Der Gegenwartstaat, der sogenannte „Rechtsstaat“, kann uns darüber auch, und zwar in mancher Hinsicht noch viel eindringlicher belehren. In früheren Zeiten, was das auf Unterdrückung gerichtet Zwangsgesetz positiv ist. Der Begriff der persönlichen Freiheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit usw. war nicht anerkannt. Aber der moderne „Rechtsstaat“ erkennt ihn an. Um so dringlicher tritt der Verstoß gegen diesen Begriff in die Erscheinung. Des Zwanges hat dieser Staat sich selbstverständlich nicht befreien. Er macht kein Zwangsgesetz geltend, jedoch in einer Weise, die — und das ist das charakteristische — der geltenden Theorie dieses Rechtes nicht entspricht. Ihr nach soll der Zwang geistig werden durch: Gesetzgebung und Verwaltung lediglich zum gemeinsamen Wohl, im Sinne der anerkannten Rechtsnormen,

der verfassungsmäßig den Staatsbürgern gehörten Rechte und Freiheiten. Dem aber spricht die Praxis höhn.

Es gibt gewisse Arten obrigkeitlichen resp. gesetzlichen Zwanges, die unbedingt geübt werden müssen im Interesse des gemeinen Wesens. So der Schulzwang. Voraussetzung dabei ist jedoch, daß mit ihm eine solche Wirksamkeit der Schule sich verbinde, wie sie vernünftigen Anforderungen entspricht; sie soll Menschen, freie Menschen erziehen und der Jugend das möglichste Weite bieten, um sie freigeistiges Erkenntnis teilhaftig zu machen. Welcher Staat in Deutschland hat ein Schulwesen, das dieser Voraussetzung entspricht? Fast überall ist die Schule weniger eine Erziehungs- als eine Dressuranstalt, die dem wohlerwollten Zweck dient, dem Geiste der Jugend ungerechte Gewalt anzutun, ihr Denken in die dem herrschenden Interesse entsprechende Richtung zu zwingen. In Preußen wird dieses Unheil gar soweit getrieben, daß man verfassungsschließlich begründetes Elterrecht mißbraucht, das Recht der Eltern, ihre Kinder in ihren religiösen bzw. antireligiösen Anschauungen erziehen zu lassen; man zwingt Kinder von Dissidenten, an einem Konfessionsunterricht teilzunehmen — ein Zwang, der die Tendenz hat, das Kindergemüt mit dem Gewissen der Eltern in Konflikt zu bringen. Da ist ferner der Steuerzwang. Aller Gerechtigkeit spottend wird er von den Reichsgewalten mißbraucht; das System der indirekten Steuern dient dazu, gerade die Armen und Unbemittelten unerbittlich zu beladen. Und dazu das System der Schutzgölle, das die konsumierende Volksmasse zwinge, dem Agrarunternehmens Schnarrohroprophete zu zugehen.

## Wie wird in Preußen regiert?

Wenn von konstitutionellen Staatsrechten gesprochen wird, so rechnet man gemeintlich auch Preußen dazu, als hätte man hier bei uns zu Lande ein öffentliches Leben und Einrichtungen gleich denen in England, in Holland, in Norwegen, um nur Staaten mit monarchischer Spise zu nennen, von Republiken ganz zu schweigen. Ja, preußische Beamte und wadere Bürgersleute sprechen auch von preußischer Selbstverwaltung, obgleich das Verwaltungssystem, das in den Städten Preußens zur Geltung kommt, mit württembergischer Selbstverwaltung nicht viel mehr gemein hat als den Namen.

Doch aber Preußen in den Gemeinden keine wirkliche Selbstverwaltung hat und daß auch seine parlamentarischen Einrichtungen nur zu einer Art Scheinkonstitutionalismus ausreichen, hat seinen Hauptgrund darin, daß die geschichtliche Entwicklung die ganze staatliche Macht einer sich selbst rekrutierenden Beamtenenschaft, der Bureaucratie, in die Hände gespielt hat.

Die Bureaucratie exhiert ihre Gestaltung und ihr Gepräge in der Zeit des Absolutismus, hauptsächlich unter den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., also

## Gefährter Putzmörtel.

Von Fred Hood.

(Nachdruck verboten.)

Selbst einigen Jahren ist man unter dem Einfluß des modernen Kunstgewerbes eifrig bemüht, die Architektur wieder durch Farben zu beleben. Es wird die Glas- und Steinmosaike gepflegt, auch Frontmalereien sind nicht selten; aber derartige decorative Mittel eignen sich, wenn sie wirklich in künstlerischer Vollkommenheit und solide ausgeführt werden sollen, einen erheblichen Kostenaufwand. So ist man denn jetzt wieder bemüht, durch farbige Behandlung des Putzmörtels Abweichung in die Straßenarchitektur zu bringen, und die Wiederbelebung des Biedermeierstils bringen, und die Wiederbelebung des Biedermeierstils dekorieren in der Baumeisterkunst.

Der Putzmörtel hat bei und die Steinarchitektur zu vertreten; Gliederungen aus echtem Sandstein, Granit, Kalkstein und Marmor bilden bei uns nur die Ausnahmen — der Putzmörtel erscheint daher als das wichtigste Material unserer Frontarchitektur überhaupt. Bei den modernen Architekten, welche auf die Nachahmungen der klassischen Stile wenig Gewicht legen, ist das Gesims und Ornament und damit auch der Stiel in den Hintergrund getreten — das Gebäude soll durch die Gliederung der Massen an sich malerisch wirken, und auf diese Weise hat man große, glatte, nur von Fenstern und Türen verschiedener Größe durchschnittene Flächen erhalten, wie dies gerade in der Biedermeierzeit üblich war. Der Biedermeierstil ist folglich auf die einfache Stil, bei welchem jedes, allein zu dekorativen Zwecken dienende Glied verpönt ist. Um nun aber doch die Straße nicht eintönig erscheinen zu lassen, hat man zur Zeit unserer Großstädten und Urgroßstädten die Flächen farbig gestrichen, so daß das eine Haus schön rosig geübt wurde, das Nachbarhaus einen gelben Anstrich erhält, während ein drittes sich in ein heiteres Hoffnungsgrün kleidet. Derartige abwechslungsreiche Straßen findet man heute noch in idyllischen Kleinstädten. Gebäude, die einen stumpfen, grauen oder bräunlichen Ton tragen, erhalten mindestens saftgrüne oder rotbraun getünchte Fensterläden. Ob das schon oder unschön ist, darüber wollen wir gar nicht streiten — sowiel steht jedenfalls fest, daß die Farbe das Auge erfreut. Den modernen Architekten ist aber diese Farbendekoration zu naiv — sie wählen an Stelle des Putzfarbenstriches den gefärbten Putzmörtel, welcher außerdem recht behandelt wird, um so einen steinartigen Charakter zu gewinnen. In Berlin und anderen Großstädten begegnen

man jetzt sehr häufig derartig ausgeführten Neubauten, die durchaus nicht immer eine sandsteinartige Färbung zeigen, sondern ebensoviel gelbliche und rosafarbige, wie braune und grünliche Töne aufweisen. Diese Färbung ist auch jetzt so distinkt, wie der natürlich Sandstein und die neue, umfangreiche Bauanlage des Sophie-Charlotten-parks in Charlottenburg mit den breiten Biedermeierfronten an der Schiller- und Großeckstraße — die einen in einem düsteren, nur durch helle Fensterkreuze belebten Rotbraun, die anderen in einem aufdringlichen Lehmgelb — bilden geradezu einen lauten Protest gegen die stillen und dezenten Töne, welche sonst das Bild der großstädtischen Straßen aufweisen. Ob sich unter Auge einmal an diese richigen, aufdringlichen Tönen gehaltenen Putzfronten gewöhnen wird, ist zweifelhaft; aber sowiel steht fest, daß die Verwendung gefärbten Putzmörtels jetzt wieder sehr beliebt ist, und die Verwendung kann ja auch in dezenterer Form geschehen, als dies hier der Fall ist. Zedenials ist es angebracht, sich mit den technischen Mitteln zur Ausführung dieses farbigen Putzes vertraut zu machen.

Es ist allgemein bekannt, daß man auch den gewöhnlichen Kalkmörtel Farbe zusetzen kann, um ihn zu tönen. Die Färbung kann auch durch Auftrag von Roman- oder Portlandgemisch geschehen. Aber diese Anwendung beliebt der Farbe, von denen viele sich nicht gut mit dem Mörtel mischen oder nichtwitterungsbeständig genug sind, ergibt doch nur sehr ungünstige Resultate; der Putz wird nicht festen fest und unecht. Normalerlich für den Fassadenputz muß man die Farbe vorsichtig wählen; benötigt haben für Schwarz Brauntinte, für Grün Ultramarinfarben, während Oder sowohl zur Erzielung gelber wie auch brauner Töne geeignet ist. Eine leichte gelbliche Tönung gewöhnlichen Kalkmörtels ergibt man durch Zusatz einer dünnen Lösung Eisenbitriols oder durch Mischung mit braunem Romanzem.

Wie schwer es ist, eine schöne und dauerhafte Färbung des Putzmörtels zu erzielen, wird man dem Umstand entnehmen, daß der Verein zur Förderung des Gewerbelebens in Preußen im Jahre 1874 dem Maurermeister Ambrofelli für den von diesem erfundene gefärbten Putz einen Preis zuerkannte. Ambrofelli hat nach umfangreichen Versuchen genau angegeben, wie der Mörtel für die verschiedenen Putzschichten zusammenzusetzen und zu färben ist. Zum Färben sind die eben aufgeführten Farbstoffe Verwendung. Im allgemeinen genügen für den farbigen Putz von Ambrofelli zwei Mörtelschichten; für ganz seine Arbeit

verwendet man aber drei verschiedene Mörtelmassen, die für drei Schichten Verwendung finden. Der Mörtel für den Grundputz besteht aus einem Teile gußgelöschten Kalkmörtels und zwei Teilen sehr saarem Sandes. Wenn diese Masse gut gemengt ist, so soll man ihr 25 vpt. Portlandzement zu. Es wird nun gerade soviel Wasser hinzugefügt, daß ein halbfinger Brei entsteht, der sich gleichmäßig anwenden läßt. Auf diese Schicht, die schon gleichmäßig erhärtet sein muß, ehe man die nächste aufträgt, kommt eine Putzschicht aus feinerem Mörtelmaße, die aus zwei Teilen Kalk, zwei Teilen feinem Sandes gebildet wird, und dies wieder nach sorgfältiger Mischung 12 vpt. Portlandzement zugegeben werden. Von der schon vorher angerührten Farbe gibt man dem Gemenge soviel hinzu, als es der gewünschte Farbton erfordert, und nun wird die mit Wasser angemischte Masse, die wieder recht schlüpfrig zu halten ist, ausgezogen und aufgetrieben. Bei diesem wie überhaupt jedem Putz muß man darauf achten, daß der Mörtel nicht mit der „Kartätsche“ zu viel bin und her getrieben wird; er muß beim Aufziehen sofort richtig sitzen. Das Aufziehen muß mit wenig Wasser geschehen, d. h. der Putz wird nach dem Aufziehen nur noch mit dem Scherpenfeilen bearbeitet damit mittels Reibebrett eine glatte Oberfläche zu bewirken ist. Aber das Reibebrett, muß eben nur die Partien der Oberfläche glätten, nicht etwa die ganze Mörtelschicht wieder mit Gewalt nach der Seite treiben. Zu vieles Hins und Herziehen des Mörtels bewirkt ein Kotzen des selben, d. h. er bindet ab, ehe eine solide Verbindung mit dem Mauerwerk erzielt ist.

Will man nur aber eine besonders feine Fläche erzielen, wie dies z. B. in Besitzbauten, Kreppenhäusern, Korridoren monumentalen Gebäuden üblich ist, so wird die Farbe erst der dritten Mörtelschicht zugesetzt. Man mischt diese aus einem Teile feinstem Sandes, einem Teile feingesiebten Kalks und 0,05 Teilen feingemahlenem Zements, merkt man die Farbe zuzusetzt. Der so bereitete Mörtel ist nicht nur für glatte Flächen, sondern auch zum Binden aller Gefüse in sehr vorrechter Ausführung geeignet. Soll der farbige Putz gleichmäßig ausfallen, so muß das begonnene Stück auch an demselben Tage vollendet werden. Man muß sich also die Fläche in begrenzte Felder teilen und die an einem Tage begonnenen Säfte des betr. Feldes auch vollenden. Ein Nachputzen ist an keiner Stelle zulässig — auf diese Weise würde man die ganze Arbeit durch auffällige Fleide verderben.

im 18. Jahrhundert. Die absolute Königsgewalt war wie in ganz Europa auch in Preußen aufgekommen gegen die Adelsnacht. Sie konnte sich aber nur behaupten, indem sie sich zum Geschäftsführer der Interessen des Adels, des Künsteriums, wie man in Preußen sagte, aufwarf. Die wichtigsten Stellen in der Staatsverwaltung und alle Offiziersstellen wurden den Untern eingeräumt, und im Lande selbst blieb die bürgerliche Bevölkerung der Ausbeutung durch die „schlossgesessene“ Zunftelste nach wie vor überlassen.

Bu jener Zeit, als Preußen fast ausschließlich Agrarstaat von etwa fünf Millionen Einwohnern war, als Handel und Verkehr noch an Frachtmengen und Postaufzügen gebunden waren, konnte indes immerhin noch von einer Stelle aus eine einzelne Person, der Monarch, die wirkliche, bis zu einem gewissen Grade auch sachdienige Oberleitung der gesamten Regierungsgeschäfte in Händen behalten. Doch war auch da schon die Verwaltung in den unteren Instanzen der Kontrolle durch den Monarchen, der nach der monarchischen Fiktion unparteiisch über den Kleinsten schwieb und deren Interessengegenläufe angeblich ausgleichen soll, völlig entzweit. Im Namen des Königs wurden alle Regierungsämter ausgeübt. In seinem Namen sprachen die Richter Recht, eroberten die Verwaltungsbeamten die Gewalt und prahlten die Werbeoffizierte Rechten; jeder Polizist war der höchste und amangreifbare Vertreter der königlichen Gewalt.

Zu den Städten, die vor dem Mittelalter in ganz Deutschland weitgehendste Selbstverwaltung und eigene Gesetzgebung besaßen, hatte der bleierne Druck einer königlichen Beamtenchaft jedwedest öffentliche Leben erstellt. Auf dem flachen Lande aber herrschten Lausende von Jungen auf ihrer eigenen Scholle wie selbstverständliche Monarchen über die hörigen Untertanen. Kurz, in Preußen war damals ein Zustand, für den man in neuerer Zeit nur in dem bürokratisch missregierten Russland vor der Revolution ein Gegenstück gehabt hat; der öffentliche Geist im Bürgertum völlig erlöset, Heer und Verwaltungen wesen gleichmäßig verwahrsalts durch bürokratische Wirtschaft, die Landbevölkerung ein Heer widerstandlos ausbeuteter Slaven.

Das war das Preußen, das 1806 unter den Schlägen der französischen Heere schmählich zusammenbrach. Damals hat es sich an dem preußischen Heere genau so gezeigt wie im Jahre 1904 an dem russischen Heere, daß das absolutistische Bürokratenregiment, weit entfernt davon, die Wehrkraft eines Landes zu haben, sie nur hoffnungslos untergräßt. Die übermüdeten Jungen an der Spitze der Heere verloren nach der ersten Niederlage fast sämtlich den Kopf und ließen die Gefangen aus. Der Kommandant von Berlin, ein Graf Schulenburg, prägte im Davonlaufen das für diese Spur charakteristische Mahnwort an die Untertanenschaft: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“

Es blieb nichts übrig, als nach dem Friedensschluß, der Preußen auf die Hälfte seines Gebiets reduziert hatte, an den Wiederaufbau des Staates unter Aufnahme wenigstens einiger Ideen der bürgerlichen französischen Revolution zu gehen. Einige aufgelierte Staatsmänner, vor allem die Minister v. Stein, v. Schön, Wilh. v. Humboldt, waren die Träger dieser Bestrebungen. Aber sie konnten auch nicht völlig aus ihrer eigenen bürokratischen-herrscherlichen Haut heraus, und dann hatten sie gegen den offenen-und-heimlichen-Widerstand des ebenso beschränkten wie feigen Königs Friedrich Wilhelm III. und der damaligen Hofstamillia zu kämpfen. Und sobald der König die Angst vor dem „russischen Großer“ los war, schlug er alle seine in der Zeit der Not gegebenen Versprechungen in den Wind und jagte die läufigen Mütze zum Teufel.

So blieben die Selbstverwaltungsreformen ettel Südwelt. Von einer Selbstverwaltung auf ausgeprochen demokratischer Grundlage war, völlig gar nicht die Rede. Auf die versprochenen parlamentarischen Einrichtungen könnte das preußische Volk noch heute verzögert warten, wenn es nicht 1848 den Machthabern wenigstens den Anfang dazu abgetrotzt hätte. In der inneren Staatsverwaltung behielten auch nach den Steinischen Reformen die „Buralisten und Schreiber“, wie Stein selbst die Bürokraten in bitterem Hohne zu nennen pflegte, völlig freie Hand. Das „innere Jena“, das Stein erhofft hatte, hat Preußens Volk der Bürokratie, die ihm auf den Raden steht, noch immer nicht bereitet.

Noch viele Jahre später hat Bismarck, als er einmal seinem Unmut über die Bürokratie Luft mache, den Ausspruch getan: „Die Bürokratie ist kreativisch am Haupt und Gliedern, und die Geschäftskräfte, die sie von sich gibt, sind der natürliche Dreck von der Welt.“

Nur für die Städte wurde durch die Städteordnung von 1808 eine beschränkte Selbstverwaltung eingeführt, von der dann später in jeder Reaktionsepisode von neuem Städte abgeschrägt wurden, bis im Jahre 1853 durch eine neue Städteordnung, die noch heute gültig ist, das Gebiet der städtischen Verwaltung völlig unter bürokratische Kon-

trolle gebracht wurde. Während in der Städteordnung von 1808 der Schwerpunkt der Verwaltung in die Stadtverordnetenversammlung gelegt wurde, liegt er jetzt im Magistrat; die Stadtverordnetenversammlungen haben mehr den Charakter parlamentarischer Vereine. Damit aber kein Bürgermeister oder auch nur ein Stadtrat mit oppositionellen, antibürokratischen Neigungen ins Amt kommt, hat die Bürokratie sich das Bestätigungsrecht vorbehalten. Ja, wenn eine Stadtverordnetenversammlung einmal hartnäckig auf der Wahl mißliebiger Persönlichkeiten bestehen sollte, kann der Regierungspräsident schließlich die Stelle des Bürgermeisters oder Stadtrats kommissarisch mit einer der Bürokratie genehmten Persönlichkeit besetzen.

Schließlich kann auch in die sachlichen Geschäften der Stadt die bürokratische Oberbehörde beständig hineinfischen; besonders in Schulangelegenheiten nimmt sie dies Recht für sich in Anspruch. Um Sozialdemokraten auch von der sogenannten „Schuldeputation“, wie die aus Städteordnungen und Stadtverordneten gemischten Kommissionen zur Verwaltung der Schulen genannt werden, völlig fernzuhalten, hat die Regierung durch das neue Schulunterhaltungsgesetz sich sogar das Recht der Bestätigung für diese Körperschaften von dem geflügelten Abgeordnetenhause übertragen lassen.

Zu übrigem ist die Stadtverwaltung auf Schritt und Tritt in ihrer Tätigkeit eingeeignet. Sie darf nicht über Fragen vom allgemeinem öffentlichen Interesse beraten, die nicht zu ihrem eigenen Verwaltungsbereich gehören. Dadurch ist nicht nur ihr Einfluß im öffentlichen Leben überhaupt gelähmt, sie ist auch des Petitionsrechts beraubt, das der Verfassung nach jedem Bürger zustehten soll.

Doch allzu-scharf bewacht die herrschende Bürokratie alle diese Handfesseln der Städteverwaltungen ja überhaupt nicht anzusehen, die durch die Uebertragung des Dreiklassenwahlsystems auf die Stadtverordnetenwahlen dafür gesorgt ist, daß die einzige wirkliche Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, in ihnen die Oberhand nicht gewinnen kann. „Gutgesinnte“ Haushaltsherren und Geldrosen werden, solange dieses System besteht, in den Stadtverwaltungen die Macht in Händen haben. Und von denen hat die Bürokratie in der Zeit der heutigen Massenkämpfe weniger Opposition zu fürchten als je zuvor.

Die hauptsächlichste Handhabe der Macht bleibt für die Bürokratie die Polizeiverwaltung, die sie in allen größeren Städten den südländischen Körperschaften entrissen hat. Die Bürgerschaft muss zwar die Polizei bezahlen, aber dreigekreidet hat sie nichts.

Auf dem Lande ist die Polizeiverwaltung gleichfalls ganz in bürokratische Hände gebracht durch die Einrichtung der Gendarmerie, die dem Landrat und den höheren Beamten unterstellt ist. Die polizeilichen Beauftragten der Dorfgemeinden sind höchst untergeordnete Art. Der Gendarmerie fühlt sich, sogar neben dem Gemeindewortheiter als eine Art höheres Wesen. Von der Bürokratie wird die Gendarmerie gekröntlich genährt.

Daher hat man in den östlichen Provinzen Preußens noch die charakteristische Einrichtung der selbständigen Gutsbezirke. Tausende von größeren Gütern sind mit ihren Ländereien aus den Landgemeinden ausgesiedelt. Für diese Bezirke gilt der Gutsbesitzer als Gemeindewortheiter. Die sonstigen Gutsinhaber haben keine Gemeinderechte. Sie sind Untertanen des selbstherrlichen Junkers.

So sieht es mit der Selbstverwaltung in Preußen aus. In Wirklichkeit ist Preußen auch in seinen inneren Verwaltungsgeschäften heute noch ein bürokratisch-junkerlich regiertes Gemeinwesen, für welches eine Selbstverwaltung auf breiterster demokratischer Grundlage erst durch das Proletariat erobert werden muß.

### Militarismus und Kulturarbeit.

Ze mehr der Militarismus die verurteilende Kritik herausfordert, je mehr sind die Verteidiger darauf bedacht, Gründe für seine „Rechtfertigung“ zu erfinden. Geraume Zeit hindurch beschränkt sie sich auf die Behauptung, er sei eine politische Notwendigkeit<sup>1</sup> in Rücksicht auf die Macht und Sicherheit des Reiches. Aber längst schon erzielen sie mit dieser Behauptung nicht mehr den beobachteten Eindruck auf das Volk. Vor allem ist es die Arbeiterklasse, die dem herrschenden militärischen System immer energischer opponiert, weil hauptsächlich sie dessen ungeheure, sich stetig steigernde Lasten zu tragen hat. Und diese Opposition zu entkräften und zu überwinden, sind die Militärdenazogen auf die Idee verfallen, glauben machen zu wollen, daß sich aus dem Militarismus ein großer „Wohlwirtschaftlicher Segen“ ergibt. Sie berufen sich auf Moltke, der einmal in seinem volkswirtschaftlichen Unverstände behauptet hat, daß in die Armee gestellte Geld frage im Frieden wie im Kriege „gute Binnen“ und „sichere unseren Wohlstand“. Ihre Beweisführung geht dahin:

„Es sei Geld genug in Lande. Die Millionen, die für das lehrende Heer und die Kriegsschule ausgegeben werden nicht verloren. Es müssen Waffen und Bekleidungsgegenstände usw. fabriziert, Kaserne, Befestigungswehr, Magazine usw. gebaut, eingerichtet und unterhalten, die

Soldaten müssen ernährt werden. Das dafür aufzuwendende Geld bleibe im Lande und kommt dem Volke wieder zu gute, indem es in die Hände der gewerbstätigen wie der Ackerbau und Handel treibender Kreise zurückfließe. Der Militarismus gewährte Arbeit in reicher Fülle; er schaffe für viele Hunderttausende von Arbeitern Gelegenheit zu gutem Verdienst. Und deshalb habe gerade die Arbeiterschaft „ein sehr starkes materielles Interesse an der Aufrechterhaltung und stetigen Ausgestaltung des Militarismus“.

Das ist eine gar absonderliche volkswirtschaftliche Wertschätzung, der die Tatsache entgegensteht werden muß, daß, wie aller militärische Dienst im Frieden, so auch alle Rüstungen und Vorbereitungen, alle Tätigkeiten für den möglichen Krieg unmittelbar völlig unproduktiv sind. Das ist nicht der geringste wirtschaftliche Wert geschaffen, vielmehr lediglich eine beständige Verwertung darstellen. Ist es die Arbeit und nur die Arbeit, die wirtschaftliche Werte schafft, so folgt daraus ohne weiteres, daß dem Interesse der Arbeit nur eine solche Aufwendung von Werten entspricht, die entweder dem Zweck der Herbringung neuer und der Erhaltung schon vorhandener Werte oder der Verfestigung natur- und bergunftsgemäßer Lebensanstriche dient. Jeder andere Wertauswand ist wirtschaftlich verwerthlich. Was die Arbeit für den Militarismus zu leisten hat, das scheidet aus dem Bereich der wirtschaftlichen Güter im genauen und strengen Sinne des Wortes vollständig aus. Es sind lediglich „Güter von Brauchbarkeit“, die freilich Arbeit kosten, aber nicht befriedend auf die Arbeit zurückwirken. Es sei erinnert an die schriftfinnige Unterscheidung, die vor 60 Jahren der Nationalökonom Robertus zwischen „Gütern von Wert“ und wirtschaftlichen Gütern vornahm. Er zeigt, daß beides nicht identische Begriffe sind: „Um „Dinge von Wert“ zu wirtschaftlichen Gütern zu erheben, müssen sie in jene physische Unmittelbarkeit zum Menschen gebracht sein, die ihre Verwendung zur Errreichung eines Zwecks der möglichst besten Verfestigung der menschlichen Bedürfnisse gestattet. Es das kann man wirtschaftlichen Wert nennen.“

Deshalb bezeichnet man die Auswendungen für den Militarismus mit Zug und Recht als Opfer, die das Volk zu bringen hat; als einen Zwangsabribut an die völlig unproduktive kriegerische Organisation. Die gesamte Arbeit der Völker für stehende Heere und Kriegsflotten schafft nicht den geringsten wirtschaftlichen Wert.

Wenn die oben skizzierte Theorie der Militardemokratie richtig wäre — wie wäre es dann zu erklären, daß die herrschenden Interessenträger das dieser Theorie zu grunde gelegte Prinzip nicht willentlich gelassen haben für die Lohnarbeiter? Wenn diese vom Ertrag ihrer eigenen produktiven Leistungen von den Werten, die sie im Dienste des Kapitals selbst schaffen, einen höheren Anteil fordern, um einer besseren Lebenshaltung teilhaftig zu werden — dann heißt es, eine solche Belastung könnte die nationale Produktion nicht vertragen, sie müsse darunter zu grunde gehen. Und doch würde es hier zutreffen, daß die durch Lohnabnahme gestiegene Ausgabe des Kapitals an die Arbeit durchaus produktiven Wesens ist. Nicht nur, daß infolge der durch höhere Arbeitseinkommen ermöglichten besseren Lebenshaltung die Quelle aller Produktivität, die Arbeitskraft, an Wert gewinnt — auch die Produktion selbst erhält eine Steigerung im wirtschaftlichen Interesse der Gemeinschaft. Das höhere Arbeitseinkommen würde tatsächlich zurückführen in das wirtschaftlich investierte Kapital; der Austausch der Güter, die Circulation des Geldes, das seinem Wesen und Begriff nach doch nur das Liquidationsmittel der Arbeit ist, würde schlechter, und damit würde gerade der hauptsächlichste Voraussetzung der wirtschaftlichen Prosperität genügt werden.

Es ist sehr charakteristisch, daß das herrschende Interesse diese in der Natur der wirtschaftlichen Zusammenhänge begründete Wahrheit nicht gelassen haben, dagegen aber den erarbeiteten Werten den Glauben beibringen will, daß es dem Aufwand für absolut unproduktive militärische Zwecke eine Sicherung und Hebung seiner wirtschaftlichen Lage zu erwarten habe. Mit demselben Rechte könnte man es auch als ein Glück bezeichnen, wenn durch elementare Ereignisse als Zufall wertvolle wirtschaftliche Güter vernichtet werden. Dann gibt es ja auch lohnende Arbeit!

Eine Nation, die wirklich in der Lage ist, in Rückicht auf die von der anarchistischen kapitalistischen Wirtschaft geschaffene Arbeits- oder Verdienstlosigkeit es als ein Glück bezeichnen zu können, wenn diese Misere durch Arbeiten für unproduktive militärische Zwecke auf Kosten des Volkes etwas gemildert wird — eine solche Nation steht vor dem wirtschaftlichen Bankrott. Dabei ist zu bedenken, daß die Mittel für diesen Zweck zum weitaus größten Teile — dank dem famosen System der Bevorzugung der notwendigsten Konsumartikel mit Bößen und Verbrauchsabgaben — gerade von den unter der wirtschaftlichen Krise am schwersten leidenden arbeitenden Klassen aufgebracht werden müssen.

Es mag ja dem Dummen und Unwissenden plausibel erscheinen, wenn da sagt wird, der Militarismus schaffe viele, lohnende Arbeit. Die wirtschaftlich aufgelaufte Mensch weiß, was er von dieser Behauptung zu halten hat. Er sieht im Militarismus überhaupt kein Kulturelement; er verbindet mit dem Militarismus nicht den Begriff wirtschaftlicher Kulturlistung. Und dem vorhandenen und stetig anwachsenden Bedürfnis nach Arbeit zu genügen, dazu gibt es Unternehmungen anderer Art, die im Interesse der Kultur gebaut sind, aber vom herrschenden Interesse großlich verschmäigt werden, damit dem Militarismus um so mehr gezeigt werden kann.

In wirtschaftlichen Kulturaufgaben auf dem Gebiete volkswirtschaftlicher Tätigkeit ist wohllich kein Mangel. Wir wollen hier nur auf einige der wichtigsten dieser Aufgaben hinweisen. Da steht in erster Linie die Ausgestaltung des Verkehrsweihens. Es sind entsprechend dem wachsenden Bedürfnis danach neue Landstraßen und Eisenbahnen zu bauen. Die Ausgestaltung des Systems der Weinbauweise, einiglich der Kanäle,

ist erforderlich. Auf dem wichtigsten und großen Gebiete der Wasserwirtschaft sind wir außerordentlich rückständig geblieben; da gibt es sowohl unter wirtschaftlichen als unter sanitären Gesichtspunkten noch unendlich viel zu tun. Deutschland besitzt noch gewaltige große Städte unfruchtbaren Landes, so allein etwa 20 000 Quadratkilometer Moorschlächen. Das dieses Land arbar, ertragfähig und so wirtschaftlich wertvoll und nutzbringend gemacht werden kann, unterliegt keinem Zweifel. Es wurde das ein Kulturwerk ersten Ranges sein, aber man ignoriert die Notwendigkeit der Inangriffnahme dieses Werkes. Wenn nur einige von den vielen Millionen, die der Militärmus jährlich verschlingt, regelmäßig auf Kulturarbeiten der in Niederschönen Art verwandelt würden, so könnte man von einer segensreichen Verwendung sprechen. Spricht man davon, daß — was Tatsache ist — die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands für die Ernährung des Volkes bei weitem nicht ausreicht, so sollte man nicht übersehen, in welch erheblichem Maße diese Produktion durch die Urbarmachung des Odeandes akteriert werden könnte.

Weiter: Das **Vor- und Wohnungswesen**, wie wir es jetzt kennen, ist einer wohlschaffenden Kulturation unwürdig. Weitauß der größte Teil der Bevölkerung des Reiches leidet schwer unter schlimmen Wohnungsverhältnissen. Um dem unabsehbaren Bedürfnis der Bevölkerung nach guten und gesunden Wohnungen zu genügen, würde ein gewaltiger Aufwand an Geld und Arbeitssatz erforderlich sein. Aus den Trümmern der jüngigen Städte müßten ganz neue Bildungen entstehen. Hingegen kommt das Bedürfnis nach öffentlichen Bauten der verschiedenen Art. Es fehlt besonders im gelobten Lande Preußen an Schulgebäuden für die Kinder des Volkes; es fehlt an Kranken- und Siechenhäusern, an Bädern, an Erholungs- und Bildungsstätten für das Volk. Die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung der Inangriffnahme und Durchführung dieser wirtschaftlichen und notwendigen Kulturarbeiten ist leicht zu ermessen. Ihnen gegenüber erweist sich die Berufung auf den angeblichen "wirtschaftlichen Segen" des Militärmus als ein plumper Versuch der Täuschung über den Begriff wirtschaftlicher Kulturarbeit. Über das Volk erkenn: immer mehr, daß das herrschende militärische System unvereinbar ist mit einem getuenden Wirtschaftsstaat, daß es nicht Kulturarbeit in sich begreift, sondern Kulturarbeit verhindert; daß vor der Arbeit für militärische Zwecke wohl etliche Industrielle, Lieferanten und Spekulanten profitieren — daß es selbst aber die Begehrten bezahlen muß.

## Ein Pfarrer über die soziale Frage und den Sozialismus.

Pfarrer Dr. Cordes in Wilhelmsburg bei Hamburg hat kürzlich in Wirs (Altmühl) gelegentlich einer Feier des dortigen evangelischen Arbeitervereins eine Predigt gehalten, worin er vornehmlich folgende drei Fragen behandelte: 1. Mehr Lohn; 2. Mehr Recht; 3. Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus?

Bu dem ersten Punkt führt der Redner aus, daß die Forderung "Mehr Lohn" sehr nützliche Klug und nichts Ideales an sich zu haben scheine, so daß manche meinten, aus ihr spreche nur das alte bekannte Ziel der menschlichen Begehrlichkeit. Jedoch bedeute „zu wenig Lohn“ dauernden Untun des Familienvaters, seines Verwaltung der Frau, schlechte Erziehung der Kinder, tagtägliche Sorgen und im Hintergrund als "Sorgendreher" der Altbild. Gewiß seien viele mit Jahren die Löste geflügelt, aber zugleich sind oft Jüngere und höher noch die Preise der Lebensmittel und Kleider! Hunderttausende von Müttern händen tagtäglich hinter den Mäschinen, so daß die Kinder vergeblich nach ihnen verlangen und die Verwirrung eine nachdrückliche Folge sei. Über 500 000 Kinder unter 14 Jahren seien erwerbstätig, zum Teil in januarwerten Betrieben. Das Elend von Tausenden von Heimarbeitern sei entzücklich. Bedenke man nun als Christ die Folgen der Einwirkung aller dieses Elends auf Seele und Gemüth, so müsse man als Christ, wenn man den Ruf "Mehr Lohn" als ruhige Seite Forderung einer organisierten Mass hörte, sich sagen: "Gott sei Dank! Das ist der einzige Weg, auf dem wir weiter kommen." Wenn die organisierte Arbeiterschaft "Mehr Lohn" fordere, so sollte man als Christ nicht mit erhobenen Armen abwenden, sondern die Forderungen unterstützen.

Den zweiten Punkt "Mehr Recht" behandelte Redner in folgendem Sinne: Der Unternehmer seige d. Lohn sei von dem Geschäftspunkt aus, daß derjenige Arbeiter, dem der Lohn nicht passe, ja gehen könne. Unter dem wirtschaftlichen Druck sei deshalb der sogenannte freie Arbeitsmarkt zweitlich wertlos. Wenn dann gar der Fabrikarbeiter noch vorschreibe, welche Fähigkeiten ein Arbeiter leise, welche Versammlungen er nicht besuchen dürfe, so sei das eine Beleidigung, wogegen der Unternehmer kein moralisches Recht habe. Das patriarchalische Verhältnis, als der Herr den Kind nicht noch als Hausherrn bestimme, sei längst überholten. Hunderte und Tausende von Arbeitern, die in großen Werkstätten beschäftigt, fannen kaum ihre "Arbeitgeber", noch viel weniger letztere die Arbeiter. Da an Stelle des persönlichen Unternehmers heute vorwiegend das unpersonliche Kapital getreten sei, so sei die Forderung nach Gleichberechtigung der Beziehung des Arbeitsbedingungen gerechtfertigt. Wenn der Unternehmer "Herr im Hause" bleiben wolle, so sei dieser Standpunkt verhältnißmäßig, aber darum noch nicht der einzige berechtigte. Gewiß könne im Betriebe nur einer das Kommando haben, aber auch sozialistische Arbeiter wollen im Betriebe Disziplin und nicht Anarchie. Das Recht, bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, der Arbeitsbedingungen, von denen ihr eigenes Wohl und Wachstum abhänge, mit zu bestimmen, müsse man ihnen zugestehen. Wer sich immer nur als Staub behandelten lassen müsse, werde leicht selbst niedrig und verlieren die Selbstachtung, werde gleichgültig, stumpf und auch wohlbrot. Aber auch für die Charakterentwicklung der Unternehmer sei das Gefühl eines reinen Herrenums nicht günstig. Es sei besser, wenn der Unternehmer von seinen Arbeitern nicht reden könne als von "Knechten", wie ein Leutnant von seinen Rekruten, sondern sich von vornehmen gewöhnen müsse, im Arbeiter den Mitarbeiter zu sehen. In dem Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer besteht zwischen Sozialdemokratie und christlichen Gewerkschaften kein großer Unterschied. War derweile man im christlichen Lager den Kloßentanz, doch sei die Kampfweise dieselbe. Auch die Sozialdemokratie sehe im Streit immer nur das legte-

Mittel, wisse sie doch auch, daß bei einem Streit viele Christen aus Spiel gesetzt würden und habe doch auch sie ein Herz für väterländische Industrie.

Den letzten Punkt seines Vortrages: "Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus?" behandelte Pastor Cordes von folgenden Gesichtspunkten aus: Der Sinn der großen sozialistischen Bewegung sei, man solle sich nicht als Brüder in Konkurrenz uns Dritten gegenüberstellen, sondern als Brüder gemeinsam die Errungenschaften der Kultur bestreiten. Dahin gelangen könne die Menschheit nur auf dem Wege der Entwicklung. Auch eine sozialistische Reinerung der Dinge werde nicht das Paradies auf Erden schaffen, sondern könne nur als eine nächsthöhere Stufe der Kultur angesehen werden. Wenn von Christlicher Seite mehrlach geagt werde: "Die Menschen sind nun einmal schwach, es wird hier an Gott nicht glauben", so teile er (Redner) diese Meinung nicht. Der Mensch müsse Deutet nachstreben, das halte den Geist aufrecht und lebendig. Es sei nicht nötig, daß Armee und Gewalt in allen Zeiten weiter bestehen, sondern aufwärts müsse die Menschheit streben, damit sich das Volk wie ein Volk von Brüdern fühle. Auch Jesus habe nicht gewollt, daß Elend und Not unter den Brüdern weiter wachsen sollte, sondern er habe gewollt, daß wo sein Geist einziehe, die Menschen wie Brüder sein sollten. Er (Redner) höre in der sozialen Frage die Stimme Gottes an seiner Seite. Man solle den Menschen den Bruder erkennen. Auch in der radikalsten Arbeiterbewegung könne man dem Christentum Verwandtes finden. Interessant sei es, zu hören, wenn man drei Millionen deutsche Arbeiter als eine Bande von Räubern und Bandenverbretern schämte, obwohl sich bei ihnen ein sehr patriotischer Idealismus, der Glorie an die Zukunft unseres Volkes zeige. Dies Kampf um die Weltkönigsherrschaft werde weiter gehen. Als Christ sollte man sich hüten, mit unlauteren Waffen zu kämpfen.

Mit einem Appell an die evangelischen Arbeiter, in diesem Sinne zu handeln, austrichtige Gottesfürcht und treue Liebe zum Vaterland zu allen Gelegenheiten zu pflegen, schloß der Redner seine interessanten Ausführungen.

## Politische Umschau.

**Aus dem Reichstag.** In der ersten Sitzung nach den Reichstagswahlen wurde zunächst die Beratung des Antrages des Zentrumsbündnis; betreffend "Erhaltung und Förderung des Handwerkhandels und des Kaufmanns in seinem Wirtshandels" zu Ende geführt. Das schwad bewachte Haus befand nur noch das Schlüsselwort des Zentrumsbündnis. Ir. I., von dem keine Fraktion in Rücksicht darauf, daß er Kirchenbeamter in einer kleinen bayerischen Stadt ist, glaubt, er sei eine Art Autorität auf dem Gebiete der Mittelstandspolitik. Er mache seine Sache nicht schlechter und nicht besser, als man das von Leuten seines Schlagese gewohnt ist; seine Reden beweisen lieb in ehrwürdiger Gedankenfertigkeit. Neben die Haltung der bürgerlichen Parteien gegenüber den Forderungen der Handwerker, d. h. der Bäuerler und ihrer Proletarier, ist er verfeindigt. Aber die böse Sozialdemokratie breitet ihm schweres Gezeitze. Herr Dr. Sy gab unter dem Beifall seiner Aussund und der Rechten seiner Enthüllung darüber Ausdruck, daß die sozialdemokratische Agitation unter den Lehrlingen darauf gerichtet sei, diejenigen jungen Leute, die Religion aus dem Herzen zu reißen. Wenn Herr Sy wie so viele andere seiner Geschwillingsgenossen unter "Religion" die blinden Unterordnung des Menschen unter forschungs- und kulturwürdige theologische Systeme versteht, so mag er recht haben. Leidergehn ist die Sozialdemokratie weit davon entfernt, den Kampf gegen ehrliche religiöse Überzeugung, die der Verstärkung des Arbeiters für seine berechtigten Interessen nicht widerstrebt, zur Sache ihrer Agitation zu machen. Aber wenn die Religion in ihrem Raum wird gegen das Menschenrecht der unterdrückten Klassen, wenn man unter falscher Beleidigung auf Religion die Ungerechtigkeiten, welche rücksichtlose Verflüchtigung und reaktionäre Gewalten behandelt gegen die Arbeit begehen, klärt und verfeindet, so kann dazu die Sozialdemokratie allerdings nicht stillschweigen.

Der Zentrumsaantrag wurde in seinen einzelnen Teilen angenommen. Die Sozialdemokratien stimmen gegen die Forderung, daß nur die zur Führung des sogenannten "Meisterinns" berechtigten Handwerker das Recht haben sollen, Lehrlinge "auszubilden". Auf diese Weise will man einen Privileg der Lehrkunfts ausbeutung für das günstiger organisierte Meisterinn hoffen.

Sodann erfolgte die Beratung des Antrages Freiherr v. Richthofen-Dammsdorf und Genossen (G): "Die verbündeten Regierungen zu erlauben, die Vorarbeiten zu einem Gesetzen zu erläutern, die die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privaten anstreben, so zu fördern, daß derselbe bei Beginn der nächsten Reichstagsession zur Vorlage gelangen kann."

Es handelt sich um eine Forderung, die seit Jahren von den Privatbeamten selbst erhoben wird, der die Sozialdemokratie stets unzufrieden zugestimmt hat und der auch alle anderen Parteien befreit. Die Streitfrage ist nur, wie die Versicherung eingerichtet werden soll. Ein Teil der Privatangehörigen, und mit ihnen ein großer Teil der bürgerlichen Parlamentarier, wollen eine Sonderorganisation für die Versicherung dieser Angestellten. Die Sozialdemokratie aber vertritt, wie auch ihr Fraktionssprecher Abgeordneter Robert Schmidt-Berlin schrift zum Ausdruck brachte, "den Standpunkt, daß die Versicherung der Privatbeamten im Rahmen der allgemeinen Arbeiterversicherung zu erfolgen hat und die Angestellten sei. Schmidt führt weiter aus, daß die Sozialdemokratie die Ausdehnung der Selbstversicherung auf die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden fordert.

In der Sitzung am Donnerstag, den 9. Januar, wurde der Entwurf, betreffend "Neuerung des Nutzungswohnschlages", der ersten Beratung unterzogen. Nach diesem Entwurf soll der Unterflügelungswohnschlage durch einjähriges Aufenthalts nach zurückgelegten 18 Lebensjahren erworben werden, während er nach dem beobachteten Streit nach zweijährigem Aufenthalts und nach zurückgelegten 18 Lebensjahren erworben wird. In der Begründung der Novelle erklärt Staatssekretär v. Behmann-Höllriegel unter anderem: "Die verbündeten Regierungen stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß die zeitige Abwanderung großer Bevölkerungsteile vom

platzen Landes und den mittleren und kleinen Städten nach den großen Städten eine Erfahrung ist, die volkswirtschaftlich und sozial die größte Misserfolgsfahrt beansprucht, und daß es notwendig ist, diejenigen Gemeinden, welche unter dieser Abwanderung in besonderem Maße leiden, in ihren Armeenstädten zu entlasten, wenngleich es unbestreitbar ist, daß diese Novelle allein in seiner Weise geeignet sein wird, die Abwanderung vom platten Lande nach den großen Städten zu verhindern.

Die Novelle ist, wie die konterbattiven Redner Abgeordneten b. Camp und Abgeordneter v. Bornhardt offen zu geben, eine Konzession an das Agrarrium; ja sie ist sogar unter Mitwirkung des Landwirtschaftsministers entworfen worden. Industrie und Handel hat man nicht berücksichtigt.

Schritt kritisiert der sozialdemokratische Abgeordnete Adenauer in zweitürigster Stunde die Vorlage und die ganze Armentagung, die an schweren Misserfolgen leidet. Die Vorladung der Regierung sind nicht einer gründliche Reform des Armentwesens gerichtet, sondern darauf, das städtische Land zu Ungunsten der Siedlung zu entlasten. Energetisch vertrag haben die alte Erklärung der Sozialdemokratie: "Nur wenn die Armentagung durch den Staat und ihre Ausschaltung zu einer wirtschaftlichen Einigung führt, ist der Armentwesel vielfach einen humanen Einrichtung, festgelegt zu menschenwürdigem und brutalen Charakter, vorwiegend die Proletarier der Landstrasse, die sogenannten 'Vagabunden', zu leben haben. Man behandelt diese Unglücksfälle, wenn sie nicht zu verhungern, betonen, wie Verbrecher. Die 'Hölle', die ihnen der Staat angedrohten läuft, ist: man sieht sie in die Gefängnisse und in die Zwangsarbeitsanstalten."

Der Entwurf ging an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

**Die Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in Preußen** wurden am Sonntag, den 12. Januar, fortgesetzt. In allen nachhaltigen Orten standen wieder Versammlungen statt, die sich auch — das ist ein beispielhaftes wichtiges Zeichen! — abermals eines großartigen Jubelns erfreute. In den oberen Regionen wird man nun nervös. Das erste Zeichen davon war eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums von Berlin vom 11. Januar, worin es heißt:

"Am Freitag, den 10. Januar, ist von Anhängern der Sozialdemokratie der Versuch gemacht worden, durch Kundgebungen und Kundgebungen auf den Straßen Berlins gegen das geltende preußische Wahltagesschlüsselrecht zu protestieren. Für Sonntag, den 12. d. M., sind zu gleichen Zwecken von der sozialdemokratischen Partei Wahlversammlungen einberufen worden. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß in Verbindung mit diesen Versammlungen erneute Verstöße an Kundgebungen auf der Straße stattfinden werden, habe ich im Hinblick darauf, daß solche Strafanzeigen nicht nur die öffentliche Ruhe und Ordnung fören, sondern überhaupt überlaufen sind, die mir unterstehende Schutzmaßnahmen angewendet, berichtigende Veranlassungen mit allem Nachdruck entgegenzusetzen. Bei bei solchen Anlässen leicht Unbefähigte in Mitleidenschaft gezogen werden, so halte ich es im Interesse der Einwohnerchaft für geboten, hiermit öffentlich auf die von mir erlassene Ausschaltung aufmerksam zu machen."

Trotzdem hatten sich Berliner Proletarier zu einer gewaltigen Demonstration zusammengefunden, in den verschiedensten Städten waren gegen 50 000 Männer und Frauen auf den Straßen, in Räumen und Geländern das Wahlrecht fordern. Selbst auf der englisch gebliebenen Straße "Unter den Linden", in der Nähe des Schlosses, wie überhaupt im Zentrum der Stadt, erscholl der Ruf nach politischer Gerechtigkeit von vielen Tausenden. An einigen Stellen ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Das war vorauszusehen. Aber die Bewegung ist so stark geworden, um sich noch länger zurückzudrängen zu lassen.

"Das ist die Zeit der schweren Not, das ist die Zeit der schweren Zeit". Dieses traurige Slogan gewinnt gegenwärtig eine besonders erneute Bedeutung aus dem Umstände, daß man es anwenden kann auf einen außerordentlich großen Bogen von Proletarien, die durch die wirtschaftliche Krise arbeitslos geworden sind. Arbeitslosigkeit im harten Winter bedeutet für die Armen und Unglücklichen, die von ihr betroffen werden, ein schweres Schicksal; ihre in einem Notstand bedeckter Arzt; es haben sie an der nötigsten Nahrung und Kleidung, sie müssen sich zu einem Notstand mißig und schäbig. Wenn sie dann nur die Mutter und Eltern treibt die Not auf die Landstrasse; Arbeit suchend, hungrig und frierend, durchziehen sie das Land. Da haben sie dann nur die Wahl, entweder jämmerlich zu sterben oder die Hölle, die Mitleidigkeit ihrer Mitmenschen anzuerufen. Sie bettelte. Aber wenn ihnen, wenn dabei das Auge und der Arm der Polizei sie erreicht, dann das Betteln wird vom Gesetz mit Strafe bedroht, selbst dann, wenn es unter dem Zwang der ärgsten Not geschehen. Die Armen, die dieses Vergehen überbringen werden, erfahren die Fürstige des Staates in der Weise, daß man sie tags und wochenlang ins Gefängnis setzt. Nach Verbüßung ihrer Strafe stehen sie völlig mittellos wieder vor dem fürchtbaren Richter, ohne einen Pfennig Behring, sehen sie die Sache nach der Arbeit fort. Bleibt diese Suche erfolglos, so müssen sie natürlich wieder betteln, und dann risieren sie, als arbeitslose Subjekte der Landespolizeibörde, der Arbeitsbeschaffungsbehörde überreicht zu werden.

So waltet die "Gerechtigkeit" des bürgerlichen Klassenstaates ihres Amtes. Die menschliche Gerechtigkeit aber empfängt sich gegen solche Zustände, die selbst den Unruhen des Elends an die Normenvergeltung der Mitmenschen zu einem Verbrechen Dempelt. Und dabei sagt man, wir leben in einer Kulturgesellschaft, in einem christlichen Staat! Gegen die Opfer dieser Gesellschaft mit der Strenge des Gesetzes vorzugehen, das ist der Klassenstaat fähig, aber unfähig ist er, das proletarische Elend und seine Ursachen zu besiegen. Er läßt den Armen schuldig werden, dann übergibt er ihn der Pein.

Aber auch diese Zustände werden nicht ewig dauern: Es gibt eine Macht, die sie überwinden kann und wird. Diese Macht ist der demokratische Sozialismus. Sie zu stärken, ist heilige, natürliche Pflicht jedes Arbeiters. Sie

dem Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation seines Berufes einen festen Anhalt im harten Kampf ums Dasein und auch direkte Hülfe in diesem Kampfe gewinnt. Diese Organisationen üben wahre Solidarität, ein echtes praktisches Christentum. So leisten sie u. a. ihren Mitgliedern, um sie vor dem Bettel und dessen schlimmen Strafrechten zu bewahren. Konsequenzen zu bewahren, sie eisen unterdrückung, die wenigstens vor der ärgsten Not behütet. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben fast überall Einrichtungen geschaffen, die reisenden Kollegen zu beherbergen, ihnen Trost, Schutz und Hülfe auf ihrem Leidenswege zu gewähren. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ist niemals ganz ohne Hülfe, niemals ganz ohne Stütze. Wo die Organisationen es ermöglichen können, arbeitslosen Mitgliedern Beschäftigung zu verschaffen, da geschieht es. Unzählige Arbeiter sind auf diese Weise vor dem völligen Untergang im Elend behütet worden. Am letzten Weihnachtsfeier sind, wie schon früher, wieder in allen Gewerkschaftshäusern Beisammensein verbunden mit tröstlichen und erbaulichen Feierlichkeiten, für die reisenden Kollegen vorbereitet worden. Und diese Veranstaltungen nehmen sich so ganz anders aus als die der demonstrierenden Wohlfahrtspflege der herrschenden Klassen. Die Betätigung des Solidaritätsgefühls der Arbeiterklasse ist die Betätigung der edten und wahren Menschlichkeit. Das müssen die Massen des Proletariats immer mehr erfassen und würdigen, und demnach auch dafür eintreten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen immer mehr erweitern. Diese Organisationen leisten an praktischer Hülfe für die Arbeiterklasse sehr viel mehr, als die herrschende Gesellschaft leisten will und jemals leisten könnte. Sie undert nach besten Kräften die Not der Zeit und ist bestrebt, mit der Not und ihren Ursachen selbst die Zeiten der Not zu überwinden.

**Das alte Lied von der „Tugend“ des Arbeiters.** Viele Jahre hindurch haben christliche Theologen der Massen der Armen und Unterdrückten gepredigt, es sei ihre Pflicht, die „Tugenden“ der Demut, Bescheidenheit und Gehirnlosigkeit zu üben. Sie haben damit nichts erreicht. Die arbeitenden Klassen haben dieser jämmerlichen Lehre niemals sich gefügt, sobald das Gewisssein des Menschenrechts in ihnen rebellisch wurde. Aber es gibt auch heute noch Prediger solcher Moral.

Zu einer Versammlung des katholischen Arbeiterver eins in Altenstein, bei der Berliner Richtung (Facharbeiter) angehört, hat jüngst der neuernannte Diözesanpräses, Pfarrer Lehmann, eine Rede gehalten, über die das Altensteiner Kreisblatt folgendes berichtet:

„Eine Tugend des katholischen Arbeiters ist die Demut und Bescheidenheit, die der Herr Diözesanpräses den Arbeitern ganz besonderen aus Herz legte, und hiervon auch betonte, wie oft im Verein kleine Mühelosigkeiten von manchen Mitgliedern aufgebaut wurden. Eine besondere Waffe des christlichen Arbeiters ist die Aufopferlosigkeit, denn Anstrengung und in Demut soll der Arbeiter die schlichte Pflicht des täglichen Lebens erfüllen, so daß jeder sich daran erbaulen kann. Eine weitere Pflicht ist, sich in seinem Berufe mit Liebe zu betätigen. Denn die Liebe zur Religion und Arbeit schafft Frieden im Herzen des Arbeiters und hilft die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überbrücken. Im Nichte des Glaubens betrachte ein jeder die gewissenhafte Pflichterfüllung als eine von Gott auferlegte Pflicht und Notwendigkeit im Kampfe ums tägliche Brod. Ganz besonders behandelte der Herr Prediger den Müßiggang und die Faulheit als ein großes Verbrechen vor Gott und den Menschen; desgleichen beleuchtete er den Streit als einen Hochmut vor Gott und Auflehnung gegen das Sittengesetz. Sobald behandelte er das Prinzip, das die katholischen Nachbuteilungen verfolgen, die prinzipielle Gegner des Streiks sind und durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter die materielle Lage ihrer Mitglieder verbessern. Desgleichen muß der Arbeiter in Treue und Anhänglichkeit seinem Brüder ergeben, sein, der dieses stets seinen Arbeitern bestens lohnen wird.“

Dieser echt pfäffische Sermon wird gewiß nicht die Zustimmung auch nur eines einzigen katholischen Arbeiters finden. Wenn Geistliche den Arbeitern nichts Vernünftigeres zu sagen wissen, so täten sie in ihrem eigenen Interesse besser, zu schwigen. Es ist sehr bedauernlich, daß selbst Organe christlicher Arbeitersorganisationen gegen solchen Unfug Stellung nehmen. So schreibt das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes folgendes:

„Dieses weitere Wort würde diese offenkundige Auslegung der Berliner Theorie abschwächen; die Beweisung aber können wir nicht unterdrücken, daß man eine solche Erziehung zur katholischen Hundemute selbst bei den gelben Streikbrechervereinen vergeblich jagen würde.“

Se nun, die Erziehung der arbeitenden Massen zu Hundemut das mit dem herrschenden Klassen verbündete eigne und rechte Pfaffentum stets als einer seiner Hauptaufgaben erachtet, — jenes Pfaffentum, das wohl zu unterscheiden ist von den Geistlichen, die Verständnis beladen für das arbeitende Volkes Leiden und für sein menschliches Recht. Solche Geistlichen hat es immer gegeben; es gibt ihrer auch noch heute, und mancher von diesen mag eine recht gute sozialdemokratische Gesinnung in sich bergen, ohne daß er sie äußern kann. Für den Pfarrer Lehmann mag die Einschätzung gelten, daß er eigentlich nichts anderes getan hat, als den Arbeitern die absurden Grundsätze zu predigen, die in der sogenannten „Arbeiter-Erzugslit.“ des Papstes Leo XIII. enthalten sind. — Grundsätze, die ihrer Aburtheit wegen von zahlreichen katholischen Geistlichen selbst nicht anerkannt werden

**Sozialpolitische Anträge im Reichstage.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Reihe neuer sozialpolitischer Anträge eingereicht. Wir heben damit die folgenden hervor:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu erlauben, dem Reichstag baldst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Schutz der Arbeiter des Bauwesens bezüglich Einrichtung der Baubetriebe, Unterflurräume, Befreiungsanstalten, Aufsichtsbehörden, Kontrollen und Baustellen gemäß dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der Arbeiter des Bauwesens, geregelt wird.“

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu erlauben, baldst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der alle Arbeits- und Dienstverhältnisse, durch welche sich jemand verpflichtet, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen Lohn zu verwerben, durch rechtsgerichtliche Vorschriften einheitlich regelt, die insbesondere 1. die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit festsetzt, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern, 2. die Kranken, Unfalls, Invaliditäts, Alters-, Arbeitslosen-, Melittens- und Muttergegenwartserziehung ausbauen.“

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu erlauben, auf Grund des § 120a der Reichsverordnung zum Schutz der in Walz-, Hütten-, Werken u. Metallstiftereien beschäftigten Arbeiter Verordnungen zu erlassen, die bestimmen 1. die Festlegung der Dauer des Arbeitszeit, sowie die Einführung der abstimmbaren Arbeitszeit für die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter; 2. Einschränkung der Überarbeit; 3. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Inspektionsvorschriften; 4. jährliche Einrichtungen der Arbeitsräume, Anwendung von Staubausgangsläufen in den Metallstiftereien, Einstellung und gute Zuhandhabung von Wasch- und Badeanlagen, Aufkleide- und Speisezimmer und Bereitstellung von Erfrischungsmitteln.“

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu erlauben, auf Grund des § 120a der Reichsverordnung zum Schutz der in Walz-, Hütten-, Werken u. Metallstiftereien beschäftigten Arbeiter Verordnungen zu erlassen, die bestimmen 1. die Festlegung der Dauer des Arbeitszeit, sowie die Einführung der abstimmbaren Arbeitszeit für die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter; 2. Einschränkung der Überarbeit; 3. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Inspektionsvorschriften; 4. jährliche Einrichtungen der Arbeitsräume, Anwendung von Staubausgangsläufen in den Metallstiftereien, Einstellung und gute Zuhandhabung von Wasch- und Badeanlagen, Aufkleide- und Speisezimmer und Bereitstellung von Erfrischungsmitteln.“

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu erlauben, 1. ein Reichsverhältnis der Vergleiche in Stimme des Antrages vom 20. Februar 1907 regelt; 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Knappostaffat gesetzen weisen einheitlich geregelt und Absatz 3 des § 74 des Krankenversicherungsgesetzes, d. h. geändert wird, daß alle Vertreter des Knappostaffatstaatmitglieder in geheimer Wahl gewählt werden müssen.“

Eine Interpretation der sozialdemokratischen Fraktion richtet an den Reichstag die Anfrage, ob er eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vorzulegen gedenkt, welche die Beschäftigung im Knappostaffat weisen in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise regelt?

Dieselbe Materie behandeln Interpretationen des Zentrums, der Christlichsozialen und der Annahmen.

**Majestätsbeleidigung.** Die Reichstagskommission für den Geistheitsamt berechnet die Beleidigung der Majestätsbeleidigungen, hat ihre Arbeit beendet. Die Vorlage enthält folgende Bestimmungen:

Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird.

Die Verfolgung trifft, sofern die Beleidigung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein; für den Bereich der Militärgerichtsbarkeit ist nur in letzteren Fällen die Genehmigung erforderlich, und steht deren Entscheidung der Militärjustizverwaltung zu.

Die Verfolgung verläuft in sechs Monaten.

Ist die Strafbarkeit nach Absatz 2 ausgeschlossen, so finden die Vorrichtungen des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs Anwendung.“

Die Kommissionsbeschlüsse geben dahin:

Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgesetzbuchs strafbar, wenn sie in der Absicht der Schandeigung, böswillig und mit Vorbedacht begangen wird. Sind in den Fällen der §§ 95, 97, 99 widernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe oder die Festungsshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden.

Im Falle des § 95 kann neudeutsche Gefängnisstrafe auf Verlust der bekleideten öffentlichen Amtskräfte verhängt werden.

Die Verfolgung verläuft in sechs Monaten.

Ist die Strafbarkeit nach Absatz 2 ausgeschlossen, so finden die Vorrichtungen des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs Anwendung.“

Das sind doch nur sehr geringfügige Reformen, zumal es ganz in das Belieben des Gerichts gestellt werden soll, die milden Strafen zu verhängen.

**Kampf gegen die Trunkfucht.** Die Ländesversicherungsaufsicht Westfalen hat, um weitere Schritte über die Maßnahmen des übermäßigen Alkoholgenusses in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung aufzutun, 30000 farbige Karten herstellen lassen als „Warnung vor dem unzeitigen und unmäßigen Genuss geistiger (berauschender) Getränke“. Diese Karten sollen von den Quittungskarten ausgetauscht bei Gelegenheit des Kartenzahlungskontaktes den männlichen Verkäufern mit der Quittungskarte ausgetauscht werden.

Auf der Warnungskarte steht es: „... Bier, Wein, Branntwein einschl. Likör, Rum, Schnaps, Witten, Kümmel usw. Leinbitter sämtlich mehr oder weniger große Mengen Weingeist (Alkohol oder Spiritus) ... Ihr Augen ist gering. Sie sind keine Nährmittel, nur Genussmittel, als solche aber zu teuer ... Wasser löst den Durst besser und kostet billiger als Bier oder ein anderes berauschendes Getränk. Der übermäßige Genuss geistiger Getränke untergräbt die Gesundheit, schädigt Körper und Geist.“

Derartige Bekanntmachungen altein kann's freilich nicht. In der Hauptstrecke kommt es darauf an, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben. Der Alkoholismus kann nur überwunden werden durch Wiegung des sozialen Gleids.

**Maurerbewegung.**  
Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Sperrungen, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

**Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist forzuhalten:**

### Deutschland:

#### Maurer:

**Hansastädte:**  
Spaßland (Sperrung über Neben), Ochsenwälder (Sperrung über A. Blecken), Travemünde (Sperrung über Söhrmann);

**Schleswig-Holstein:**  
Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperrung über Callesen), Wedel (Sperrung über Hatje), Husum (Sperrung über Petersen), Itzehoe (Sperrung über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf)

**Mecklenburg:**

Güstrow (Sperrung über Thielke);

**Brandenburg:**

Guben (Aussperrung angedroht), Sennenberg (Sperrung über Ullrich, Märkakolonie);

**Pommern:**

Pyritz (Sperrung über Friedrich-Berg), Köslin (Sperrung über Schüttner), Neustettin (Sperrung über Duske);

**Ost- und Westpreussen:**

Könitz (Sperrung über Brozoskowski in Czerak);

**Posen - Schlesien:**

Muskau (Sperrung über Stülpangel), Waldenburg (Sperrung über Tüsler in Neu-Salzbrunn), Weisswasser (Sperrung über die Opelzessenzwerke);

**König Sachsen:**

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Berndt & Söhne, Berlinerstraße, in L.-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstraße, in L.-Leutzsch Eisengiesserei E. Becker & Co., in L.-Mückern K. Edrich, Hühnerbeinerstraße, und M. Steyskal, Sonnenstraße), Potschappel (Sperrung über das Baugeschäft von Heger, Döhlen (Sperrung über das Bauten der Gussstahlfabrik);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**

Halle a. d. S. (Sperrung über den Fabrikneubau von Priegeler & Söhne);

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:**

Celle, Nordern (Aussperrung), Braunschweig (Sperrung über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel);

**Hessen und Waldeck:**

Gießen (Sperrung über Bernhard in Kleinlinden), Schmalcalden (Sperrung über Peter);

**Bayern:**

Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Diesen (Streik), Wasserburg (Sperrung über Nämpfer);

**Fliesenleger:**

Duisburg (Sperrung über Gebr. Bönnig), Barmen-Rittershausen (Sperrung über Rümenhölle), Elberfeld (Sperrung über Broß und Hammelsbeck).

**Oesterreich:**

Marienbad i. Böhmen (Aussperrung).

**Gau Berlin.**

Der Bürgerverein Guben nahm am 8. Januar in einer Versammlung Stellung zu dem „Musterarbeitsvertrag“ des Arbeitgeberbundes für das Baumgewerbe und zu der vom Arbeitgeberverband auf Guben angedrohte Aussperrung. Nach einem Referat des Kollegen Otto Lehmann-Berlin (Gauaufsichter) und nach einer Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Die derzeitige Tarifvertragsseite basiert auf der Grundlage, daß Arbeiter und Unternehmer über die in Aussicht genommenen Vertragsabschließungen gemeinsam Vereinbarungen treffen. Das liegt daran, daß die Parteien über deren Vertrag bei der Feststellung dieser Vereinbarungen unter volliger Gleichberechtigung zusammenarbeiten. Die durch solche auf dem Boden der gemeinsamen Vorstellung entstandene und von den Beteiligten ausdrücklich anerkannte Bedingungen legen den in Frage kommenden Parteien die moralische Pflicht auf, diese Abkommen zu halten, obwohl bis heute kein gesetzlich bindendes Recht auf diesem Gebiet besteht.

Unter Verfestigung dieser Grundlage kam der bis zum 31. Dezember 1907 geltende Vertrag zu Stande und er ist in die Säume von der Maurerorganisation auch geachtet worden. Mit Bedauern müssen wir nur konstatieren, daß der Gubener Arbeitgeberverband bei den Vorarbeiten zur Abschließung dieses neuen Vertrages bislang völlig aus der Maurerorganisation ausgeschlossen war. Er verlangt, daß die Maurerorganisation einem Vertrag ihre Zustimmung geben, dessen Form und Inhalt einstellig von den Unternehmern festgelegt, an dessen Zustandekommen die Maurer oder deren Vertreter nicht mitwirken, und der ihnen somit aufgezwungen werden soll. Die Versammlung der organisierten Maurer sieht sich deshalb in die Lage versetzt, erklären zu müssen, daß unter diesen Umständen die notwendigen Voraussetzungen für die Abschließung eines Vertrages nicht gegeben sind. Der Abschluß eines solchen Tarifs würde dem Arbeitsmarktfeld der organisierten Maurer widerstreben und auch jedes moralischen Wertes entbehren. Ein solches Abkommen würde nicht den gewöhnlichen Gewerbetreibenden fördern, sondern eine ständige Quelle der Unzufriedenheit bilden.

Die Versammlung beantragt daher den Vorstand ihrer Organisation, dem Arbeitgeberverband diese Resolution als Antwort auf das Schreiben vom 28. Dezember 1907 übermittelt. Falls der Arbeitgeberverband sich nunmehr zu Verhandlungen bereit findet, sollen die Vertreter der Maurer deren Wünsche in die Form eines Vertragsentwurfs Kleider und dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes reichtig zustellen, damit



Karl Spatz-Gengenbach (447 005), Ost. Rothe-Siede (350 584), Hermann Hoffmann-Hamburg (483 159).

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzuhören, werden vom Zweigverein Bochum: Max Görtz, geboren am 18. Oktober 1881 zu Stolberg (Werk-Nr. 149 614); Heinz: Michael Böhm aus München (171 584).

Kollegen, denen der Aufenthaltsort der Benannten bekannt ist werden erucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

#### Der Verbandsvorstand.

#### Gekanntmachungen der Gauvorstände.

##### Gau Erfurt.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir die diesjährige Konferenz für den 1. Mai Erfurt auf Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Januar, ein. Diese beginnt Sonnabend abends 7 Uhr.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes. Referent: S. Schenck. 2. Das Wiedersehen der Zweigvereine im Gau und der § 31 d. des Status. Referent: Albert Meyer. 3. Lohnbewegungen und der deutsche Arbeitgeberbund für das Bauwesen. Referent: Th. Hövelburg. 4. Statistik in den Zweigvereinen und deren Wegen bei der Agitation. Referent: J. Schenck. 5. Regelung des Gauregulatius. 6. Wahl des Gauvorstandes. 7. Anträge.

#### Der Gauvorstand. J. A.: Johann Schenck.

##### Gau Görlitz.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir hiermit auf Sonntag, den 15. März, die vierjährige Gaukonferenz nach Görlitz ein. Sie beginnt präzise 10 Uhr vormittags im Saalhaus „Zum goldenen Löwen“, Nikolaistraße 14.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauvorstandes; 2. Agitation und Lohnbewegung. 3. Anträge. 4. Wahl des Gauvorstandes und der Beisitzer.

Für die Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz sind folgende Bestimmungen des Regulatius maßgebend:

§ 6. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 100 einen, für je weitere 100 Mitglieder fand ein Delegierter mehr einzustehen.

§ 7. Die Wahl der Delegierten hat nur in Mitgliederversammlungen durch geheime Abstimmung zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Die Delegierten haben sich durch ein Mandat und Mitgliedsbuch zu legitimieren.

Zur Vertretung ist jeder Zweigverein verpflichtet. Daraus entstehenden Kosten sind aus der Lofalkasse zu decken. Wir ersuchen die Vorstände der Zweigvereine, die Wahl der Delegierten in den nächsten Mitgliederversammlungen vorzunehmen. Die Beziehungen der Konferenz werden so rechtzeitig bereit sein, dass jeder Delegierte noch am Abend des selben Tages in seine Heimat zurückreisen kann.

Mit kollegialer Gruss.

#### Der Vorstand. J. A.: H. Rupke.

##### Gau München.

Gemäß den Bestimmungen unseres Status und Gauregulatius rufen wir hiermit auf Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. März, die diesjährige Gaukonferenz ein. Diese findet statt in München, „Orientalisches Café“, Rumfordstraße 82 a, 1. Et., und beginnt Sonnabend 7 Uhr.

Als Tagesordnung schlagen wir vor: 1. Berichte: a) des Vorstandes, b) des Kassierers, c) der Revisorin. 2. Die Lohnbewegung unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Kämpfe im Bauwesen. 3. Agitation. 4. Anträge, die bei den vorhergehenden Punkten der Tagesordnung keine Erledigung fanden. 5. Wahl des Vorstandes und der Beisitzer.

Die weiteren Mitteilungen werden den Zweigvereinsvorständen in nächster Zeit durch Rundschreiben zugehen.

Mit kollegialem Gruss.

#### Der Gauvorstand. J. A.: F. Hartl.

##### Gau Nürnberg.

Im Stelle des verzögerten Kollegen A. Ulrich ist Kollege Martin Roth, Hermannstraße 10/0 als Gauaufseher bestellt worden. Der Gauvorstand. J. A.: Merkels.

#### Berichte.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, dass Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

**Barth.** In der am 5. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde der Vorstand neu gewählt, und zwar aus folgenden Kollegen: M. Küger, ehemaliger Vorstand, H. Küger, Kassierer. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde Kollege H. Oebig gewählt. Zu bedauern ist es, dass sich gerade die jüngeren Kollegen am meisten scheuen, Posten anzunehmen, und doch wäre es gerade für sie von Augenzeuglichkeit ihrer weiteren Fortbildung auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung. Wenn sich die jungen Kollegen in der Lage, ihre geistigen Fähigkeiten mehr und mehr zu verbessern. Eine derartige Scheu vor Annahme eines Postens, wie dies bei uns der Fall war, ist in Zukunft zu vermeiden. Mögen die Kollegen, die es angeht, sich die Worte zu Herzen nehmen.

**Berlin.** Eine Mitgliederversammlung der Pützer fand am 5. Januar statt. Nach Eröffnung der Versammlung wurde vom Gesangverein der Neujahrsgruß vorgetragen und mit großem Beifall von den Mitgliedern aufgenommen. Danach gab der Vorsitzende Schulze den Vorstandsbereich. Da die letzte Quartalsabrechnung heute noch nicht gegeben werden kann, so teilte Nedder mit, dass der gedruckte Jahresbericht sowie die legte Quartalsabrechnung in der Februar-Ber-

ichtung gegeben werden. Der Winter von 1906 zu 1907 hatte für unsre Kollegen einen sehr schwierigen Anfang, da unsere Kollegen sehr lange arbeitslos waren. Wir hatten uns zu Anfang des Jahres mit der Reichstagswahl zu beschäftigen; der schlechte Wahlausgang ließ schon die Deutung zu, dass wir eine schlechte Situation entgegen gehen würden. Im Winter 1907 nahmen wir eine Statistik auf über „Borwitz“-Leder und Wahlbereinsmitglieder. Als die Arbeit wieder im Gange war, kam der 1. Mai. Es waren im ganzen 54 Kollegen an der Maiabsperrung beteiligt, die die Unterstürze wiederkamen. Einige Zeit später begann die Ausperrung im Baugewerbe. Am 23. Mai fanden wir den Beschluss, keine neuen Arbeiten anzufangen und keine Verträge mehr abzuschließen. Am 2. Juni wurde dann der Beschluss gefasst, überall da, wo die Forderungen der Bauerarbeiter nicht bewilligt waren, die Arbeit einzustellen. Es meldeten sich am 3. Juni 600 Bauerarbeiter zur Streikkontrolle. Da nun unsere Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten, ließen die Unterstürze von den bewilligten Firmen ein, um ihre Pfararbeit fertig zu bekommen. Am 3. August tagte eine Sitzung, die sich damit beschäftigte, den Streit aufzuhoben, da sich in Groß-Berlin 3300 Streikbrecher gefunden hatten. Am 9. August wurde von den Maurern der Beschluss gefasst, den Streit aufzuhoben und darüber, da die Forderungen nicht bewilligt waren, die Arbeit aufzunehmen; daraufhin beschlossen wir am 13. August dasselbe. Unsere Sitzung hielt bis zum Jahresende 2200 Mitglieder. Es haben 21 Mitgliederverbundungen getagt. Ferner wurden 27 Vorstandssitzungen und 27 Obmannsitzungen abgehalten. Redaktion wurde in 35 Fällen erteilt. Der Vorsitzende Schulze ernannte die Kollegen, im neuen Jahre häufig für den Verband zu agitieren. Zu der Frage, ob zwei oder drei Kollegen vom 1. April d. R. ab im Bureau angestellt werden sollen, befürwortete die Versammlung gegen 60 Stimmen, es bei zwei Kollegen zu belassen. Ferner beschloss die Versammlung, gegen einige Stimmen, die Wahl des Vorstandes sowie die der Revisoren in den Bezirken vorzunehmen.

**Bielefeld.** (Jahresbericht.) Am 5. Januar hielt der Zweigverein seine Generalversammlung ab. Von dem Bericht des Vorstandes ist folgendes zu vermerken: Die Gaukonferenz im Jahre 1907 war im Zweigvereinsgebiets mit Ausnahme von Schleswig, wo die Arbeitsgelegenheit das ganze Jahr mittelmäßig war. Dagegen in Heppen und Gütersloh eine rege Tätigkeit. Daher in Bielefeld, selbst von Juni bis Ende September die Arbeitsgelegenheit weniger günstig war, ist auf die Ausperrung der Dachdecker und auf den starken Zug von Kollegien aus Streitfeldern zurückzuführen. Begegnen Ende des Jahres war die Tätigkeit recht lebhaft. Es wurden im November noch 89 Neubauten und 10 Umbauten geplant, was nach unseren Verhältnissen als ein gutes Resultat bezeichnet werden muss. Vorausichtlich ist auch für das kommende Jahr eine gute Konjunktur zu erwarten. Lohnbewegungen fanden statt in Heppen, Delringhausen, Gütersloh und Schleswig. Wollen Erfolg hatten wie in Heppen. Ohne Arbeitsniederlegung wurde hier der Lohn von 40 auf 45 s erhöht. In Delringhausen musste den Forderungen durch eine Arbeitsniederlegung nachgegeben werden. Errungen wurde eine Lohnerhöhung von 35 bis 40 s auf 42 s Einheitslohn und eine Arbeitszeitverkürzung von 10% auf 10 Stunden. In Gütersloh verhandelten die Unternehmer mit dem Gesellenausschuss der Stundenlohn stieg vom 1. Juli an von 40 auf 43 s, vom 1. Januar 1908 an auf 45 s. Zu bemerken ist noch, dass die Organisation bei den Gütersloher Maurern schwer Eingang findet. In Schleswig ist die Bewegung im Sande verlaufen. Die Unternehmer erklärten, dass sich die Schleswiger Maurer mit 48 s besser ständen, als wenn sie in Bielefeld für 50 s arbeiteten. Dieser Anspruch schlossen sich die Kollegen hilflosig an. Die Agitationsskommission war mit gutem Erfolg tätig in Gütersloh, Steinhausen, Halle, Uebbedissen und Steggendorf. Nur in Bielefeld suchten die Unternehmer durch eine geringe Lohnerhöhung die Kollegen von der Organisation fernzuhalten, was ihnen auch noch mal gelang. Man sieht, dass die Unternehmer den Wert der Organisation besser zu würdigen wissen, als die Arbeiter. Differenzen wurden in 7 Fällen erledigt, von denen es sich bei 3 um Maßregelung eingetiebener Kollegen handelte. Ein Kollege musste unterstürzt werden, während die Maßregelung in zwei Fällen ausgewichen wurde. Die Unternehmer walfenstein und Pilgrim glaubten, aus der Reihe tanzen zu müssen, indem sie den tarifmäßigen Lohn nicht zahlten. Durch die Lohnkommission wurden sie an ihre Verbindlichkeiten erinnert, denen sie dann auch nachstammten. Beim Unternehmer Grabenstein wurden unsere Kollegen durch eine Arbeitsniederlegung der Bauerarbeiter in Willeidenhagen gezwungen. Im letzten Halle handelte es sich um schlechte Behandlung seitens des Poliers Hohmeyer beim Unternehmer Schardt; der Erfolg war eine zufriedenstellende Erklärung des Unternehmers. Später erschien Hohmeyer bei uns in der Versammlung und versprach, sich zu bestern, infolgedessen wurde von einem besondern Vorgeben abgesehen. Recht hartnäckig gestaltete sich für die Organisation der Kampf für den Bauerarbeiter. Die zwei im Berichtsjahr aufgenommenen Statistiken haben ein Bild entrollt, das nicht den Wünschen der Arbeiter entspricht. Eine Petition an die Postseitverwaltung brachte uns die Erklärung, dass eine neue Verordnung zur diesjährigen Bauaison in Kraft treten solle. Sie wird voraussichtlich einige kleine Verbesserungen enthalten, aber bis zu unseren Forderungen ist es immer noch ein ziemlicher Weg. Andererseits zweifeln wir noch an der korrekten Durchführung solcher Verordnungen, weil wir die heutige Kontrolle als ungern genug erachtet und verlangen, dass praktisch erfahrene Arbeiter mit hinzugezogen werden. Die Bibliothek ist mit der Gewerkschaftsbibliothek vereinigt worden. Letztere ist Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 6 bis 8 Uhr. Abends und Sonntags von 11% bis 12% Uhr geöffnet. In unseren Versammlungen wurden 7 Vorträge gehalten, es wird ihnen aber wenig Interesse entgegengebracht, denn die Versammlungen waren nur mäßig besucht. Mitgliederversammlungen fanden 23 statt, außerdem eine kombinierte Bauerarbeiterversammlung; der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 22 Sitzungen. Dem Bericht des Kassierers entnehmen wir:

Die Mitgliederzahl beträgt im Jahresdurchschnitt 916. Wir hatten Neuauflnahmen 178, davon waren 23 schon einmal Mitglied, zugestellt sind 300. Aus anderen Organisationen sind 13 übergetreten, davon 11 aus der christlichen Organisation. Nach erfolgter Abmeldung sind abgereist 181, ohne Abmeldung sind abgereist 112 (die Zahl zeigt die Disziplinstoligkeit vieler Mitglieder), ferner sind aus dem Umgegend abgereist 68, zu jahnen 361. Zum Militär sind eingezogen 14, ausgetreten 22, davon in Bielefeld 10, in Schleswig 1, in Gütersloh 7, in Uebbedissen und Hillefingen 4 Kollegen. Wegen Schulden gejagten wurden 16, davon 4 in Bielefeld, 10 in Schleswig, 1 in Delringhausen und 1 in Brakwede. Gestorben sind 8 Mitglieder, 3 in Bielefeld, 4 in Schleswig, 1 in Gütersloh. An Beitragsmärkte sind verkauft: Marken für Arbeitslose 367, à 50 s, 8834, à 10 s, 1199, zusammen 8400. Nach der Mitgliederzahl vom 3. Quartal (930) gerechnet, haben 90 vgl. der Mitglieder die Extrabeiträge bezahlt. Totalmarken sind verkauft 853 à 50 s und 451 à 10 s. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M. 21 818,10. An Unterstützung wurde ausgezahlt: für Kleinerunterstützung an 425 Kollegen M. 390,25, für Rechtskasse an 5 Kollegen M. 184,67, für Straßenunterstützung an 60 Kollegen M. 1299,85, für Gewerkschaftsunterstützung an 9 Kollegen M. 47,80 und für Sterbeunterstützung an 4 Kollegen M. 195. Für den Streit in Delringhausen M. 188,40. M. 15 316,80 wurden an die Hauptkasse geliefert. Die Totalkasse hat insuffiziente Kassenbestand eine Einnahme von M. 10 042,08 und eine Ausgabe von M. 4328,19, ihr Bestand beträgt M. 5713,89. Das ist der Geschäftsbereich der Bielefelder Maurer, die sich rühmen dürfen, zu 99 vgl. organisiert zu sein. Bei der Vorstandswahl wurde als Vorsitzender Kollege A. Reiter und als Kassierer Kollege K. Roth wiedergewählt.

**Brannschwieg.** (Jahresbericht.) Das verflossene Jahr hat ebenfalls noch keine bessere Bautätigkeit gebracht. Neuauflagen wurden 1906 in der Stadt 69, davon 27 Wohnhäuser und 3 Schulen, 1907 nur 36, davon 20 Wohnhäuser, aufgeführt. Im Hochsommer war zeitweilig die Arbeitsgelegenheit in der Stadt gut; hauptsächlich wurden viele Ladenumbauten und Reparaturarbeiten vorgenommen. Ein Übergang an Wohnungen ist nicht vorhanden, im Gegenteil, die Nachfrage war so rege, dass in der Innenstadt manche „Höfe“ wieder vermietet worden ist, die im Interesse der Volksgegenheit schon längst von den Behörden als nicht bewohnbar bezeichnet werden müssen. Der mangelfehlende Wohnungsbau ist auf den hohen Zinsfuß 11 vgl. zurückzuführen; man verlangt teilweise 11 vgl. Das der Grundstücksverein für Neufertigung der Mietsteife, die die erhöhten Löhne anstrebt, nimmt uns weiter nicht wider. Dieser Verein, dem die Grundstückspekulanten, Bauunternehmer und sonstige Personen angehören, besitzt hier die Tattit: „Galtet den Dienst“. — Die dem Arbeitgeberbund in zwölfmonatigem Kampfe abgerungenen Lohn erhöhung von 5 s pro Stunde ist vom 1. März an geahnt worden, wie sie in Nr. 13 des „Grundstein“ veröffentlichte Statistik bestätigt. Kleinere Bauwerker und Differenzen waren fast während des ganzen Jahres an der Tagesordnung. Kein bandete es sich darum, Übergriffe einzelner Unternehmer zurückzuweisen. Eine Komödie hat der Arbeitgeberbund mit uns im Herbst getrieben. Mitte November erhielten sämtliche Organisationen eine Aufforderung, ihre „Wünsche“, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse 1908 betreffend, einzureichen. Alle Berufe reichten ihre Forderungen ein und erhielten darauf eine Einladung zu einer Begegnung, zu der aber nicht mehr als zwei Vertreter von jeder Körperschaft gewünscht wurden. Wir begründeten unsere eingereichten Forderungen in der Sitzung; die „Arbeitgeber“ glaubten aber schon im voraus zu wissen, dass ihre Generalversammlung diese nicht befürworten würde. Nachdem uns inzwischen das Berliner Gemerichtsurteil der ersten Scharfmacher bekannt geworden war, hatten wir wenig Hoffnung auf eine Lohn erhöhung. In einem den Organisationsleitungen gegenübergestellten Schreiben teilte man uns mit, man könne in Betracht der schlechten Geschäftslage keine Lohn erhöhung bewilligen, und wie zum Hohn hiess es am Schlusse, aber trotzdem sollte man eine Lohnreduzierung nicht vornehmen. Das Meistergericht für einen Gefallen, wenn er bei Privaten in Tagelohar arbeitet, ist auch noch ein bißchen „wenig“, 15 s pro Stunde; gehoben wird auch dann meistens ein Junggeselle oder älterer Kolleg hingestellt, der noch weniger als 5 s pro Stunde erhält. Wir wissen aber jetzt, wobei der Wind weht. Unsere Parole muss vorläufig heißen: Das Bulver trocken erhalten, so weit es nur irgend möglich ist. Auch für die Braunschweiger Kollegen kommt eine bessere Zeit, wir wir dann nicht nur das „Kapital“, sondern auch die „Büffeln“ zurückzulassen. In den meisten landlichen Räbstellen war die Bautätigkeit gut, so dass wir in einigen Lohn erhöhungen erreichten. In Bielefeld wurde der Stundenlohn um 3 s, auf 35 s, pro Stunde erhöht. Die Kollegen sind aber der Meinung, dass sie jetzt keinen Verdienst mehr nötig haben, das sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz könnten die Unternehmer aber keine höheren Löhne zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhielten aber anfänglich keine Antwort; wohl wurde die Lohnkommission zu einer Sitzung eingeladen, es wurde aber nichts Positives festgelegt. Gleich nachdem tonnte man aber in bürgerlichen Blättern, es hätte sich ein Bezirkssarbeiterverband für das Bauwesen gebildet, der sich auch mit der Lohnforderung der Maurer beschäftigt hätte; ohne Gefährdung ihrer Existenz zahlen. Die Kollegen warteten nun den günstigsten Zeitpunkt ab, und erzielten ohne Kampf eine Lohn erhöhung von 5 s. Nur das Geschäft des ersten Scharfmachers musste erst 1½ Tage gekämpft werden. Die Kollegen erzielten erfolgreich, dass sie ja in zwei Jahren 5 s Lohn erhöhung erhielten, und meinen noch ganz naiv, wenn sie mal wieder mehr Lohn haben wollen, dann würden sie dem Verband wieder beitreten. Dass die Unternehmer aber sofort, nachdem sie den Austritt erfüllten, Lohnreduzierungen vornehmen, hätten sie gar nicht für möglich gehalten, obwohl wir es ihnen vorher sagten. Jetzt sehen sie ihre Dummkheit ein. In Bielefeld die redigten die Kollegen schon im Winter ihre Forderungen ein. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 s. Sie erhi

burg erreichten die Kollegen ebenfalls 2. g. Dohnerhöhung pro Stunde. Sämtliche Volksberührungen, außer Bedenken, wurde, ohne Kampf erreicht. Über die mangelfahe Durchführung der Bauarbeiterabstimmungen in Stadt und Land müssen wir auch in diesem Jahre verrichten. In der Stadt, wo die Kontrolle der Bauten durch die Beauftragten des pfadischen Bauamts im Nebentitel ausgeübt wird, müssen diese meistens von unserer Organisationsleitung aufgeteilt werden, auf diesem oder jenem Bau Remedy zu schaffen. Dabei sollen schon Worte gefestigt sein wie: "Der Schulze hat uns eine Karte geschrieben", oder: "Im 'Volksfreund' hab's gestanden" usw. Auf dem Lande ist es noch viel ärger. Baubuden, Abdeutungen und sonstige Vorrichtungen werden in der mangelfülligen Weise ausgeführt. Wenn dann mal ein Vertreter der Berufsgenossenschaft eine Revision in einem Bezirk vornehmen wird vorher alles sauber in stand gesetzt. Die Kollegen sind vielfach der Meinung, die Unternehmer hätten das vorgezogen, daß ein Beamter käme. Die hiesigen Kreisen melden elf Übertritte in der "Baugewerkschaft". Aus, die sind auch danach einige der Überläufer sind bei uns wegen Schulden gestrichen; die Christlichen nahmen sie auf, obwohl wir eine Abmilderung getroffen hatten, wonach solche Leute erst dann aufgenommen werden dürfen, wenn sie ihre Beiträge bei der letzten Organisation in Ordnung gebracht haben. Die Christlichen haben Ihnen sogar die Mitgliedsjahre bei uns angerechnet. Andere sind übergetreten, um auf dem Wege von und zur Kirche zu haben; andere zum Winterarbeit bei Freiwillig zu betunnen. So sehen die Übertritte aus. Von solden aus Überzeugung ist daei keine Spur; deshalb sind sie ihnen auch zu können. Die Durchschnittliche Mitgliedszahl beträgt 894. Eingetreten sind 208, davon zum zweiten Male 31. Als Altkommunionflügling wurden M 1837,65, an Steuerunterstützung M 187,50, Reiseförderung M 129 gezahlt. Die Gebliebenenmenche und Ausgabe der Hauptstelle beträgt M 18 887,63. Die Einnahme der Postalasse, inklusive Kassenbestand von 1906 beträgt M 9087,17, die Ausgabe M 6605,48, der Kassenbestand am Jahresende M 2591,71.

**Erfurthaben.** Am 7. Januar fand im Vorale des Herrn Dr. Debant die ordentliche Generalversammlung unseres Zweigvereins statt, die der Mitgliederzahl entsprechend höchst besucht war. Kollege Delert erstattete den Kartellbericht und leitete schärfer das Richtertheater der Delegierten. Sobald verlas Kollege Stollmann die Abrechnung vom vierter Quartal sowie die Jahresabschreibung, welche beide von der Versammlung ohne Widerspruch gut geheissen wurden. Kollege Vogt erstattete den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl stand am Schluß des Jahres auf 188 gegen 67 im Jahre zuvor. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß die Zahl der Indifferenzen an Orte abgenommen hat. Die Erhöhung der Mitgliederzahl ist nur auf die angezeigten Kollegen zurückzuführen. Die Mitglieder müssen bedeutend mehr dafür sorgen, daß die im Streit vorwehr der Auspeilung abgesessenen Kollegen wieder in unsere Reihen zurückgeführt werden. Im Punkt "Vorstandswahl" wurde fast der ganze Vorstand neu gewählt mit Ausnahme des Kassierers, der seinen Posten wieder annahm; alle übrigen lehnten eine Wiederwahl ab. Als Vorsitzender wurde Kollege Delert gewählt.

Erläut. Am 5. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorstehende hieß die Mitglieder im neuen Jahre willkommen und sprach sein Bedauern über den schwachen Besuch der Versammlung aus. Es wurden einige Schreiben vom Gouvernent verlesen; in einem derselben wird den Mitgliedern die Einführung eines Votafondsbetrages von 5 s pro Woche empfohlen. Es entspannt sich hierüber eine lebhafte Debatte, indem die Kollegen der Meinung waren, es sei Geld genug vorhanden. Es wurde jedoch fast einstimmig beschlossen, jede Woche 5 s Votafondsbetrag zu zahlen. Weiter wurde beschlossen, auch in diesem Jahre bei günstiger Konjunktur eine Lohnforderung zu stellen. Als Delegierter zur Gouvernierung wurde Kollege Adermann gewählt. Bei der Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder fast einstimmig wiedergewählt. Mit einem Hinweis an die Mitglieder, sich der politischen Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Emshorn. Am 5. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Der Kästner erhielt die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme für die Hauptlaune betrug M 1000,30; die Kollektion half eine Spende von M 400,- und eine Spende

zelle hatte eine Einnahme von M 308,46 und eine Ausgabe von M 249,13. Kostenbeitrag M 113,31. Die Jahreseinnahme für die Hauptklasse betrug M 3500,85; die Lokalklasse hatte M 1264,23 Einnahme und M 150,92 Ausgabe. Die gesamte Einnahme für Extramatien betrug M 794,41. Dem Käffitzer wurde Entlastung erlieft. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß zwölf Mitgliederversammlungen abgehalten und in drei hieron-Vorträge gehalten wurden. Beider muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Versammlungen nicht gut besucht werden; eidić Kollegen halten es nicht einmal der Mühe wert, einmal im Jahre zu erscheinen. Sitzungen sind 22 abgehalten worden, vier befuß Revision der Kasse, und eine Baudelegierungssitzung. Die Bauten wurden einmal kontrolliert. Beider herrschten noch arge Missstände an den Bauten. Dieses hat noch vielfach seinen Grund darin, daß der Beschuß betreffs Baudelegierungen nicht genügend durchgeführt wurde. Mitglieder waren am Jahresanfang 185, am Schlusse 150 vorhanden. Die größte Zahl wurde im Jahr erreicht, nämlich 173. Von diesen 150 Mitgliedern sind 118 Mitglieder der Partei und 32 Lefer der Arbeiterpriefe. Die Zahl des Zweigvereinsvorstandes ergab: Erster Vorsitzender Kollege Fehrs, Kossizier Gisbert. In "Verchiedenes" erstattete Kollege Fehrs den Bericht über die abgehaltenen Konferenzen zur Revision der Unfallverhütungsvorschriften. Werner wurde Kollege Fehrs zu der am 16. Februar in Lübeck, zu demselben Zweck stattfindenden Konferenz delegiert. Beschlossen wurde, am 25. April, dem 30jährigen Geburtstage unserer Fagje, ein kleines Fest zu veranstalten. Werner wurde noch bestimmt, in der nächsten Versammlung den Kollegen Fehrs einen Vortrag über Bauarbeiterkrankheiten zu lassen.

**Frankenberg.** Sonntag, den 5. Januar, tagte unsere Sozialversammlung, in der der Vertrauensmann die Jahresabschluss- und Jahresabrechnung sowie den Jahresbericht präsentierte. Er betonte, daß wir in diesem Jahre ebenfalls wieder auf dem Posten seien müssten, damit wir jederzeit in Unternehmen gewappnet gegenüberstehen. Die Quarts- und Jahresabrechnung wurde für richtig befunden und der Vertrauensmann entlastet. Hierauf wurde der Kollege Max Bezzel dem Vortragende als Vertrauensmann wiedergeschlagen, als Stellvertreter wurde Kollege Kunze bestimmt. Als Delegierten zur Gaukonferenz schlug man und Hahn vor; letzterer lehnte ab, ersterer wurde wählbar. Hierauf erreichte die gut besuchte Versammlung ein Ende.

Frankfurt a. d. O. Am 7. Januar fagte die Generat-  
eiammlung unseres Zweigvereins. Nach Eröffnung der  
erammlung wurde dem verstorbenen Kollegen Karl  
Hieber die letzte Ehrung zu teil, indem der Vorstehende  
e Kollegen aufforderte, sich vor den Blättern zu erheben,  
ieauf verlas der Vorstehende, die an die Unternehmer  
angefundne Forderung. Diese lautet: 53 ½ Lohn, Beze-  
ugung von Spaten und Stemmgang und Böngfahrt auf  
in Bau. Die Interessengleichheit und Nachlässigkeit der  
ollegent hat es veranlaßt, wieder die Spatenfestigung  
und Böngfahrt auf dem Bau zu fordern. Es verlas  
erauf der Räteverser die Abrechnung vom vierten Quer-  
str. 1907 und hielt anschließend den Jahresbericht. Nach  
Abrechnung einiger Antragen wurde dem Räteverser  
eckige ertheilt. Es folgte nun der Vorstandsbild. Als  
er Vorstehender wurde gewählt Gustav Schulz und als  
zweiter Wilhelm Nikolaus. Hierauf kam die Alters-  
abteilung in in Einführung bei Frankfurt zur Sprache. Der  
Vorsteher schiede, in furzen, aber scharfen Worten, die  
er bestehenden Verhältnisse. Nach ihm ging der Kollege  
Köring, der zur Zeit dort arbeitet, auf alles näher ein.  
er ist der Ansicht, daß nur die Profitwut und die Uners-  
chmeinten in der Arbeitserhebung derartige Auswirkun-  
gen. Es wurden die Kollegen nochmals aufgefordert,

viel wie möglich die Altordarbeite im Monaten zu meiden; hierdurch nur Zwietracht unter die Kollegen getragen, dieses aber nur den Unternehmern zu Nutzen kommt. In übrigen wurde der schlechte Besuch der letzten Versammlung gerügt. Es hatten sich von 390 Kollegien nur 5 eingefunden. Dies muß in der Zukunft besser werden.

**Guben.** (Fahrtbericht.) Das verflossene Jahr verlief für unsrer Zweigverein mit dem vorigen Jahre vergleichlich ziemlich ruhig. Im Jahre 1906 wurden wir aus einer Bewegung in die andere getrieben. Im Verhältnisse daran wir fast gar keine Konflikte zu verzeichnen. Dies lag wohl auch dazu bei, daß recht viel gedacht wurde. In den Monaten Mai bis Ende August war sehr viel Arbeitsmöglichkeit vorhanden, so daß unsre reisenden Kollegen ihre Arbeit fanden; besonders waren recht viele Berliner Kollegen hier beschäftigt. Im September ließ jedoch die gute Konjunktur nach, und es mußte Woche für Woche eine Anzahl Kollegen Guben verlassen. Im Oktober erholte sich die Konjunktur wieder etwas, so daß die Mehrzahl der Kollegen, die Guben schon jahrelang als ihren Arbeitsort kennengelernt, in Arbeit blieben. Am 1. November

wie wir dem Arbeitgeberbund einige Anträge auf Änderung des bisher bestehenden Vertrages ein. Über den Erfolg ist bereits an anderer Stelle des "Grundstein" berichtet worden. Das neue Jahr wird also interessanter als das Berichtsjahr. Die Gesamtkninnahme des Zweigvereins beträgt mit den Extrabeiträgen M 8240,39, davon verhältnis der Totaflosse M 137,99. Die Einnahme der Totaflosse betrug mit dem alten Kassenbeigang M 2744,06, die Ausgabe M 1818,70; wir verfügen also über einen Kassenbestand von M 925,36. Die Mitgliederzahl betrug am Schluße des Jahres 1906 341, am Schluße des Quartals 1907 332, des 2. Quartals 448, des 3. Quartals 387 und am Schluße des Berichtsjahrs 350. Verantragungen fanden statt: 1 öffentliche und 15 Mitgliederversammlungen. Außerdem 21 Vorlandbesprechungen und Besprechungen. Unterstützungen wurden ausgezahlt: an 3 Kollegen M 448,85 Krankenunterstützung, an 7 Kollegen M 307 Sterbeunterstützung, an 1 Kollegen M 57,30 Gemahlgeltenunterstützung und an 12 Kollegen M 14,75 Reiseunterstützung. Langsam aber sicher schreitet der gute Geist in unserer Organisation vorwärts, dafür ist auch ein Zeichen, daß die Kollegen nach einger Aufführung und Lüseinnerziehung den Extrabeitrag gatt bezahlt haben; daß diese Beiträge notwendig waren, bezweifelt wohl heute kein Kollege mehr.

**Höringen.** Am 5. Januar hielt die Zahnstelle eine Generalverabredung ab. Kollege Buchmann bilderte die Tätigkeit der Zahnstelle, die sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine gute Position erungen hat. Davor zeigte auch er gute Besuch der Versammlung. Die Kollegen werden nun aber nicht auf ihren Vorberichten ausruhen, sondern sich weiter, die Interessen der Organisation am Herzen liegen lassen. Nach Erstattung des Berichtes wurde die Wahl der Zahnstellenoberverwaltung vorgenommen. Kollege Buchmann wurde als Vorstehender und Kollege Gebhard als Kassierer wiedergewählt. Beim Punkt „Verchiedenes“ entpannte sich eine fachliche Diskussion über die Einhaltung der Bußabläufe im Notberufenen, worin sich alle Kollegen einig waren.

**Lörrach.** Am 5. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine ordentliche Generalversammlung ab. Der erste Vorstande ernannte die Lörracher Kollegen, sich mehr um die Versammlungen zu bemühen, hierauf gab der Kassierer den Jahresbericht bekannt und betonte, daß sich die Kollegen während der Monate, wo keine Beiträge gezahlt werden, nicht Lotalsondenmarken entnehmen, denn die Lotalstafe sei immer stark in Anspruch genommen. Bei dem Neuwahl des Vorstandes blieb es meistens beim alten, bis auf den zweiten Vorsitzenden und zwei Revisoren, die neu gewählt werden mußten. Man las dann noch über den Lohntarif zu sprechen, der von den Western angefordert wurde. Es wurde allgemein besetzt, daß der Tarif, der von den Western in zwei Jahre festgesetzt wurde, nach den jetzigen Lebensmittelpreisen unannehmbar sei. Der Vorstand gab dann noch bekannt, daß nicht eher weitere Schritte unternommen würden, bevor nicht ein neuer Tarif ausgearbeitet und dann zugestellt werden sei. Es wurde dann folgender An-

trug gestellt: „Die am 5. Januar tagende Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Kündigung des bis jetzt bestehenden Tariffs von Seiten des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Die Versammlung beschließt, die Unterhandlungen wegen Schaffung eines neuen Tarifs dem Bauverband in Straßburg zu übertragen, da der uns von dem Arbeitgeberverbande zugekommene Tarif unter Verletzung der heutigen Lebensmittel- und Wohnungspreise für uns unannehmbar ist.“

**Nürnberg a. d. Donau.** Sonntag, den 5. Januar, tagte unsere Generalversammlung, die sehr gut besucht war. Es wurden im vorigen Jahre eine öffentliche Versammlung, 13 Mitgliederversammlungen und drei Ausschüttungen abgehalten, die ziemlich gut besucht waren. Der erste Vorsitzende lehnte die Wiederwahl ab. Es wurde einstimmig: Kollege Badmeyer als erster Vorsitzender gewählt und als Kassierer Christian Seidl. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht von dem verflossenen Jahr. Die Anerkennung wurde genehmigt und dem Kassierer Dr. Böhring exult. Es wurde dann noch beschlossen, daß der Käffes- kassierer 2 ½ von jeder Beitragsmarke für das Einfassen erhalten soll. Ein Antrag des Kollegens Badmeyer wegen Abhaltung einer öffentlichen Verhandlung wurde bis auf weiteres zurückgestellt.

**Deynhanen.** Am 5. Januar d. J. hielt der bishge Zweigverein seine Jahresversammlung ab, an der 39 Kollegen teilnahmen. Das frische Hinscheiden des treuen Kollegen Grotesfeld wurde durch eine kleine Ansprache und Erzählen von den Blumen geachtet. Dann wurde vom Kassierer die Quartsaldabrechnung des vierten Quartals und der Jahresbericht verlesen. Als Vorstandsmitglieder wurden neu gewählt: August Althoff als Vorstandsherr und Wighard Brandt als Kassierer. Die bishge Provision für den Vorstand blieb bestehen; für die Gültstätigkeiten wurden für diebeitragsfreien Monate pro Monat und höchst 10 f. bewilligt. Es wurde dann einstimmig die Einführung der Einheitsurteile ab 1. März 1908 beschlossen.

**Südwesten.** Am 4. Januar hielt die hiesige Zweigvereinigung eine Mitgliederversammlung ab, die mir leidlich besucht war: Es entpuppte sich eine lebhafte Debatte über die Bevollmächtigung von M. 20 als Entschädigung für den ersten Vorstossen bis 1907. Es mußte den Kollegen erst klar gemacht werden, daß jeder Verjähmungsbeschuß für alle maßgebend ist, auch besonders für die, die sonst nicht in die Versammlungen kommen und daher den Mund groß aufreissen. Die Versammlungen sind dazu da, daß jeder seine Meinung frei äußern kann; er sieht dies aber nicht in den Strafenenden tun. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt: als erster Vorstehender Kollege O. Frankenberger, als erster Kassierer Kollege Carl Döll. In persönlichen Verwaltungsfällen würden für das Jahr 1908 M. 40 bewilligt. Al 25 dem Kassierer und Al 15 dem Vorstehenden. Gegen die Kolportage wurde nichts eingewendet. Um Schluß der Versammlung wurde den Kollegen anheimgegeben, künftig besser zusammen zu arbeiten, die Kollegen-Sache besser zu gegen und zu pflegen und allen Hader beiseite zu lassen. Um 12 Uhr schloß der Vorstehende mit einem Hoch auf den Zentralverband die Versammlung.

1/2 bis 8 Uhr Uhr und Sonntags von 11 bis 12 1/2 Uhr mittags geöffnet ist. Das weitere wird in der nächsten Mitgliederberatung, die am 26. Januar, vormittags 11 Uhr stattfindet, bekanntgegeben.

Penig. Sonntag, den 5. Januar, tagte hier eine Generalversammlung. Der Kässierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1897 und die Jahresabrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurden. Hierauf wurde dem Kässierer auf Antrag Decharge erteilt. Die Einnahme für die Postalferse betrug mit M. 23,70. Kassenbestand vom vorigen Jahr M. 467,87, die Ausgabe M. 278,45. Kassenbestand M. 1897,42. Hieron sind M. 189 auf der Peniger Sparstube angelegt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die Kollegen Fertig, erster Vorsthender, Dittrich, Kässierer, wiedergewählt. Zu Hülfskässierern wurden gewählt: für Arnsdorf Lindner, Elsdorf, Herfurth, Langenleuba, Oberhain in Senf, Steinbach Friedemann, Lungenau Stecher. Ferner wurde beschlossen, auch für dieses Jahr M. 3 Postalzuschlag zu erhalten. Zum ersten Male sonnten sich die Peniger Waifer zu

verfloßenen Jahre 10 Stunden arbeiten. Es wird sich kein Maurer finden, der dies nicht wohl empfunden hat. Die Forderung der geblüftindigen Arbeitszeit mußte decimal gestellt werden, ehe sie zur Durchführung kam. Die Organisation besteht hier seit 1904. Und da in diesem Jahre auch fast jährlich Maurer für diese gewonnen wurden, konnte im Frühjahr 1905 die Forderung, zehnblüftige Arbeitszeit und 35 J. Stundenlohn, gestellt werden. Doch die Kollegen hatten die Rechnung ohne die Unternehmern gemacht; denn es fiel leichter, gar nicht ein, auf unsere Forderung zu antworten, weil sie die weniger Maurer zu einem Streit noch nicht für reif hielten. Da die Organisation noch jung war und die Baoulunsturz sich nicht allzu gut zeigte, wurde von der Durchführung abgesehen. Zum Frühjahr 1906 wurde die Forderung wiederholt; auch diesmal dachten die Unternehmern wieder die elfstündige Arbeitszeit beizubehalten; an Lohn wollten sie zulegen in der Form von 2 J. Leutungs-Zulage. Doch diesmal machten die Maurer Ernst und traten am 3. Mai in den Streit. Nach 9 Wochen erklärten sich diese Unternehmer an der zehnblüftindigen Arbeitszeit bereit bei 37 J. Stundenlohn, was auch die Maurer annahmen und den Streit aufhoben. Nebst die anderen zwei Unternehmern, die sich widerhaftig zeigten, wurde die Esperre verhängt; die bis zum 20. Oktober dauerte und zu Gunsten der Kollegen ausfiel. 1907 wurde nun die Forderung der zehnblüftindigen Arbeitszeit und 40 J. Stundenlohn eingereicht; doch diesmal waren die Herren etwas zähmer. Als sie sahen, daß die Maurer wieder Ernst machen und bereit waren, wieder zu kämpfen, wurde die Forderung anerkannt. Eine Lohnherhöhung von 6 J. pro Stunde und eine Stunde weniger Arbeitszeit pro Tag ist gewiß ein schöner Erfolg in einem Jahre. Trotzdem will ein Teil der Kollegen es

immer noch nicht einsehen, daß je größer die Opfer, desto größer die Erfolge sind. Konnte man doch einige Kollegen hören, als der Extrabeitrag erhoben wurde. Da durch den Streit im vorigen Jahre die Totalfassie erhofft war, wurde beschlossen, daß Totalausfall wöchentlich zu erheben. Verschiedene Kollegen würden nun gern sehen, wenn der Totalausfall in diesem Jahre wieder aufzufallen würde. Doch mit dem Anteil am den Beitragsmarken sind die Kosten bei weitem nicht zu breiten, die dem Verein infolge des Berücksichtigung der Kollegen in den vielen Ortschaften entstehen. Der Totalausfall muss auch fernher erhoben werden. Möge jeder Kollege auch im neuen Jahre für Stärkung der Organisation sorgen, um das Erfolgsziel zu erhalten. Mag sich jeder Kollege im Gewissen schreien und sagen: Alles dem Opferwerk der Mauer müssen alle Unternehmerpläne zerstören.

**Wieschen.** Am 5. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden August Blumast als Vorsitzender und Paul Soppert als Kassierer wiedergewählt. Den Revisoren, wurden für jede Revision 25,- pro Entschädigung bewilligt. Mit dem Wissens der Wirtschaftsverfassung nicht befusst, soll für jeden Fall 10,- pro Zahlen, die mit einer Totalfassie markte quittiert werden. Die Vorstandssitzungen sollen an jedem Samstag von 10 bis 12 Uhr stattfinden und jeden Sonntag nach dem ersten jeden Monats eine Mitgliederversammlung. Nach einer Abstimmung zu bestem Verständnisbesuch und lebhafter Agitation wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch geschlossen.

**Schwelm.** Am 29. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zu Anfang erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal, worauf ihm Declaratur erteilt wurde. Hierauf hielt Kollege Hößler aus Breslau einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage des Gegenwart“. Zu Anfang schilderte Kollege Hößler, welche Pläne die Unternehmer schmieden, um uns Schwierigkeiten wegen unserer Lohnforderung in den Weg zu legen. Er führte an, daß die Unternehmer nur 40,- Stundenlohn für einen tüchtigen Betrieb zahlen wollen. Auf einen Vorschlag gehen die Kollegen von Schwelm und Umgegend auf keinen Fall ein, mögen die Herren Meister sich anstellen, wie sie wollen, wir werden ihnen zeigen, daß wir uns nicht an der Macht herumführen lassen. Zum Schluß wurden die Kollegen nochmals ermahnt, ihre Extrabeiträge zu zahlen, da noch einige im Rückstand sind. Dann wurde noch erwähnt, daß kein Kollege das geforderte Total in Schwelm betreut darf. Darauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Sangerhausen.** Wie es scheint, haben die Sangerhäuser Kollegen es nicht nötig, sich einmal in die Versammlung zu befreien, das Interesse am Verband scheint bei ihnen so langsam einzuschlagen, daß von 145 Kollegen ganze 8 Mann zur Generalversammlung erscheinen, doch wohl noch keinen Zweigverein passiert. Man sollte doch meinen, daß gerade zur Generalversammlung sich die Kollegen einmal sehen ließen, damit die leitenden Kollegen nicht immer allein in der Versammlung seien. Aber in Sangerhausen haben die Maurer keine Zeit, in die Versammlungen zu gehen. Raum von der Arbeit zu Hause, werden ein paar Bissen im Stehen hinuntergeworfen, und Heidi geht's mit der Oefenfeuer los. Da werden dann noch vier bis sechs Dosen gereiht, für einen Lohn zum Gottesharmen, 25 bis 35,- pro Dose, eine Arbeit, zu der man bald eine gute Stunde braucht. Da braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn die Herren Unternehmer auf dem großen Pferde sitzen und die ihnen missliebigen Kollegen nicht einstellen. Die Mehrzahl der hiesigen Kollegen scheint den „Grundstein“ auch nicht zu lesen, denn sonst hätten sämtliche Kollegen ihren Extrabeitrag bezahlt. So aber sind noch circa 20 von Sangerhausen damit im Rückstand. Die Kollegen werden es aber sofort nach mir eignen Leibe spüren, doch sie sich nur den größten Schaden damit tun. Man sollte meinen, daß sich nach dem Erscheinen des Protolls der Arbeitgeberverfassung die Versammlung füllte, damit auch hier Protest erhoben und ein engerer Zusammenschluß herbeigeführt würde. Aber weit gefehlt! Vieles politisierten die Kollegen in dem unpolitischen Gangverein, wie sie keiner hört, aber in den Versammlungen steht man sie nicht. Das muß und soll anders werden; legt dem Gleichen auf, Kollegen, erscheint in den Versammlungen, sprech Euch da aus, wie wir unsere Lage verbessern, wie wir unseren am 1. Oktober ablaufenden Tarif erhöhen, welchen Lohn wir für nächstes Jahr fordern. Das sind alles Fragen, die vorher geltend werden müssen, zu der aber eine gute Versammlung notwendig ist. Nur Einigkeit führt zum Ziel!

**Schweinfurt.** (Konferenz zu Münnerstadt.) In einem der schwärmsten Teile vom nördlichen Unterfranken bestanden schon seit circa zehn Jahren einige kleine Zweigvereine unseres Verbandes, die durch längere Abwesenheit des größten Teiles ihrer Mitglieder im Sommer, in der Agitation gehemmten waren und dadurch auf ihrem alten Stand stehen blieben, während im übrigen nördlichen Bayern die Zahl der organisierten Maurer von 600 im Jahre 1902 auf mehr als 8000 im Jahre 1907 stieg, also über 75,- sämtlicher Maurer umfaßte. Diese hofflosen und nach § 4 unseres Statuts ungültigen Zustand zu befreien, berief der Gouvernement eine Gaukonferenz zum 5. Januar nach Münnerstadt ein. Kollege Wettel referierte in fast zweistündigen Ausführungen über Agitation und Lohnbewegung. Eine Resolution, die Zweigvereine Burglauer, Poppenlauer und Umgebung dem Zweigverein Schweinfurt anzuschließen, und überall, wo nötig, Bahnhöfe zu gründen, fand einstimmig Annahme. Hierauf wies Kollege Wettel auf die Verträge hin, die uns das Unternehmertum aufzuwerben will, und da auch in unserer Region die Verträge in diesem Jahre ablaufen, so ist es absolut nötig, daß wir alle Kollegen dem Verbande aufzuführen, um bei einer Aussperrung oder einem Streik den Sieg zu erringen. Die Ausführungen der Diskussionsredner ließen erkennen, daß es durch den Zusammenfluß möglich wird, für alle Kollegen bessere Lohnbedingungen zu eringen. Mit einem Hoch auf den Centralverband wurde nach dem Schlusswort des Kollegen Wettel die gut besuchte Konferenz geschlossen.

**Tribicsed.** (Jahresbericht.) Im vergangenen Jahre war die Bautätigkeit in unserem Zweigvereinsgebiet ebenfalls lebhaft. Neben einigen Privathäusern in der Stadt und einem Erweiterungsbaus der hiesigen Büdchenhöhle gestaltete sich die Bautätigkeit in den Landbezirken besonders hervorragend gut. Die hiesigen „Christen“ stellten im Geschäftsjahr eine Forderung von 40,- pro Stunde in der Stadt und 42,- pro Stunde über Land; jedoch wurden nur von einem Unternehmer (bei diesem arbeiten die meisten Christen) 38,- pro Stunde in der Stadt und 40,- pro Stunde über Land bewilligt. Dieses sowie auch die rege Entwicklung der Bautätigkeit bewog nun den Unternehmer, seinen Centralorganisierten ebenfalls den Lohn zu zahlen. Da nun aber die Kollegen, die bei dem anderen Unternehmer arbeiteten, ebenfalls nicht für niedrigere Lohnarbeiten wollten, wurden auch sie vorzeitig, wodurch auch dieser der Lohn um 2,- pro Stunde erhöht wurde. Der Tarifvertrag, der mit dem 31. März d. J. abläuft, enthielt einen Lohnstab von 84,- pro Stunde in der Stadt und 88,- über Land; jedoch zahlt der eine Unternehmer schon jetzt 88,- in der Stadt und 43,- über Land, der andere Unternehmer 38,- in der Stadt und 88,- pro Stunde über Land. Da nun jedoch diese „freiwillige“ Lohn erhöhung in gar keinem Verhältnis zur Steigerung der Lebensmittelpreise und der Preise für sonstige Bedarfsartikel steht, so werden, unsere Herren Meister wohl einsehen (-), daß sie eine weitere Lohnherhöhung bewilligen müssen. Hoffentlich zeigen auch unsere Tribicsed Kollegen in Zukunft mehr Tarif- und Disziplin als bei früherer Gelegenheit. Mitgliederversammlungen tagten im Berichtsjahr 18 mit zusammen 218 Besuchern. Somit entfallen auf jede Versammlung durchschnittlich 17 Mitglieder. Außerdem tagte eine öffentliche Versammlung, in der ein vom Gouvernement entlassener Referent über „Die neuen Aufgaben unserer Organisation“ referierte. Die Extrabeiträge sowie die ordentlichen Beiträge wurden von allen Mitgliedern voll bezahlt. Es konnten an die Hauptfasse für ordentliche Beiträge 388,-, für Extrabeiträge 48,- abgeführt werden. Die Lofafasse schließt mit einem Kassenbestand von M. 77,84 ab. Neu eingetreten sind im Berichtsjahr 4 Kollegen, darunter 2 Junggesellen. Ausgestoßenen und gestrichenen wurden keine Kollegen, so daß der Verein am Jahresende einen Mitgliederverstand von 40,- zählt. Jetzt heißt es, trätig zu agitieren, damit sich auch das Jahr 1908 in allen vor kommenden Fällen zu unseren Gunsten gestaltet.

**Waren.** Am 28. Dezember tagte die hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Im Punkt 1 wurde zunächst der Jahresbericht durch den ersten Kassierer verlesen. Einnahme für die Hauptfasse M. 281,35, Ausgabe M. 281,35. Einnahme der Totalfasse M. 286,10, Ausgabe M. 187,70, Kassenbestand M. 187,40, per Bank belegt M. 128,53. Durch Erheben von den Szen wurde dem Kassierer Declaratur erteilt. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 76, im Vorjahr 69. Es wurden elf Versammlungen abgehalten, eine mühte wegen zu schwachen Besuch ausfallen. Revidiert wurde vom Vorsitzenden achtmal, von den Revisoren zwölimal. Ordentliche Vorstandssitzungen wurden 16, außerordentliche abgehalten. An Märkten wurden verkaufte Bauslagsmarken 1888, Beitragsmarken 2222, Eintrittsmarken 9, Beitragsmarken 35,- 3, Sitzmarken 663, Summe M. 1508,35. Hieron wurden an die Hauptfasse abgeführt insgesamt M. 1101,68; der Totalfasse verblieben M. 287,92. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl, und wurde der Kollege Ferdinand Rammen zum ersten Vorsitzenden und Kollege Karl Bärge zum ersten Kassierer per Stimmentzettel wieder gewählt. Nach einigen Auffklärungen wurde dem frischen Kollegen Kohl M. 10 aus der Totalfasse bewilligt. Mit dem Wunsche, daß jeder das seinge zur Stärkung des Verbandes beitrage und mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Wittenberge.** In der Mitgliederversammlung am 7. Januar wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Die Jahresabrechnung der Totalfasse hatte eine Einnahme von M. 1288,22 und eine Ausgabe von M. 888,72, Bestand M. 399,50; davon sind M. 800 auf der Sparfasse belegt. Es wurde gleichzeitig, daß noch sieben Kollegen mit ihren Beiträgen über neun Wochen rückständig sind. Es wurde ihnen eine Frist bis zum 1. Februar gewährt; wer dann nicht bezahlt hat, soll ausgezöglossen werden. Dann wurde über Kollege Kohl verhandelt. Er hatte hier vor einiger Zeit eine Agitation betrieben, zugesetzt Errichtung einer Totalorganisation. Es wurde ihm in einer Vorstandssitzung klar gezeigt, daß dies nicht so sein sei und er sich in seinem eigenen Fleisch spieße; er erklärte jedoch, die Agitation wieder einzustellen zu wollen. Nur war er zur Versammlung geladen worden, um hier seine Erklärung abzugeben. Er war auch erschienen und erklärte, daß er alles wieder beitreffen wollte und die Agitation eingestellt habe. Auf Bezugspunkt, wie er dazu gekommen sei, erklärte er kurz, es wäre ihm leid und verließ schleunigst das Versammlungsziel. Es wurde beschlossen, ihn noch einmal einzuladen, falls er nicht erscheint, soll er ausgeschlossen werden. Dann wurden die Kollegen Will, Spiegel und Aug. Steinberg ausgeschlossen, weil sie beide ihren Verpflichtungen nicht nachkommen wollen. Es wurde den Mitgliedern anheimgestellt, doch nur bei solchen Gastwirten zu verkehren, die auch ihr Total zu öffentlichen Versammlungen hergeben.

### Friesenleger.

**Düsseldorf.** Je näher wir dem Ablauf des vereinbarten Tarifs entgegenstreiten, um so mehr zeigt sich seitens der Unternehmer das Bestreben, die beiderseitig vereinbarten Bedingungen zu brechen und nach Gutdünken zu fixieren. Sie könnencheinbar die Zeit nicht abwarten, wo sie in wohlfahrtseinem Interesse den „Herr im Hause Standpunkt“ in fröhlem „Glanze“ herauftreten können. Das Beträubendste dabei ist aber, daß die „christlich“ organisierten Friesenleger zu einem großen Teile diesem tarifwidrigen Gebaren willig zur Seite stehen und die freiorganisierten Friesenleger, die alles daransetzen, den Tarife Anerkennung und strikte Durchführung zu verschaffen, wirtschaftlich schwer schädigen. Die Firma Wobbel beschäftigte seinerzeit nur freiorganisierte Platten-

leger und war deshalb auch stets gehalten, nach Tarif zu zahlen. Sie verstand es aber, sich nach und nach von diesen loszusagen und willig-billige Arbeitsträte an ihre Stelle zu setzen, indem sie zur Zeit flotten Gesäßeganges möglichst viele neue Plattenleger heranzöhlte, die sich dann auf die Firma „christlich“ organisierten. Als dieser Coup gelungen war, stand auch dem weiteren tarifwidrigen Beginnen nichts mehr im Wege. Die Firma arbeitete im Bunde mit den auf ihr Geheil christlich organisierten Arbeitern unter Tarifbruch. Das wird selbst von Arbeitgeberseite bestätigt. Ja, die so gewonnenen Setzungen veränderten sogar auf ganz Aufführungsschiffe, lediglich, um leicht stand bei der genannten Firma zu bleiben. Als diese später in Liquidation geriet, gingen die hoffnungsvollen Sprößlinge in andere Geschäfte über und verbürteten dort ihr unsolidarisches Geschäft. Es erläuterte uns ein Unternehmer, daß christlich organisierte Plattenleger bei ihm um Arbeit vorstellig gewesen seien, die sich unter den tariflichen Bedingungen angeboten haben. Gleichzeitig erläuterte uns der Unternehmer, daß er von jetzt an die tariflichen Preise nicht mehr bezahle. Unsere Kollegen blieben jedoch standhaft und wurden entlassen. Diese Fälle zeigen recht deutlich, wie es mit der christlichen Organisation bestellt ist. Unter Voral- und Tarifbruch reichten sie unsre Kollegen im Winter aus ihren langjährigen Arbeitsstellen, um sich selbst in das Nest zu setzen. Die Unternehmer erlitten uns leichtweise raus heraus, daß sie mit den Firmen, die diese Helden beschäftigen, nicht konkurrieren könnten. So hat auch die Firma Schwalm, die seit den Christlichen den Voraug gab, mit verschwindenden Ausnahmen unter Tarif bezahlt; waren doch diese mit dem zu zahlen, was ihnen unternehmerisch geboten wurde. Da braucht sich auch kein Mensch zu wundern, wenn sich Unternehmer direkt und indirekt als Förderer der arbeitswilligen christlichen Friesenleger versuchen.

**7. Straßburg i. Els.** Die hiesige Section hielt am 7. Januar eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Der Bericht von der Konferenz wurde mit großer Begeisterung entgegengenommen. In einem Rückblick auf unsere Tätigkeit in den letzten Jahren wurde mit Freude constatiert, daß wir hier von dem System der Unterförderanten verschont geblieben sind, und daß auch keine geringere Organisation vorhanden ist, die unsere Sätze hemmt. Infolgedessen können wir auch mit unseren Erfolgen zufrieden sein. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft kein Mitglied der Section mit Unorganisierten zusammen arbeiten darf. Nach einer Aussprache darüber, wie wir weiteren Erfolg in der Vertreibung der Arbeitsetz erreichen können, wurde die Versammlung geschlossen.

## Betralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

Zu der Woche vom 5. bis 11. Januar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin (Mark) M. 240, Neuruppin 100, Schwerin (Elster) 150, Brandenburg 150, Nörthor 150, Schwartau 141,44, Riesa 120, Mittenswalde 100, Gagern 100, Roseburg 97, Sonnenheim 80,94, Steinberg 80, Gräfenroda 80, Wellerhausen 80, Brügge 63,45, Baruth (Mark) 60, Lünnow (Mark) 50, Gräfe 20, Summa M. 1982,88.

Zuschüsse erhielten: Berlin M. 4000, Rosen 1500, Charlottenburg 1000, Niedorf 800, Spandau 500, Altona 500, Wilmersdorf 400, Mainz 400, Köln a. Rh. 400, Düsseldorf 400, Bremen (Mark) 300, Münster (Westf.) 300, Düsseldorf 200, Karlsruhe (Baden) 200, Dresden 200, Hohenstaufen 200, Hofen 150, Lüdenscheid 100, Großenhain 100, Schwedt 100, Bregenzheim 100, Lüter a. Vog. 100, Salzberg 100, Johannisthal 100, Warnekind 100, Mariendorf 100, Bürkli 100, Bergedorf 100, Eggesin 75, Bierstadt 50, Summa M. 18,175.

**Aiona.** Am 11. Januar 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Das Baujahr 1907

nach Arbeiterdarstellungen.

#### III.

Der Bau-Stettin besteht aus dem größten Teil des Provinz Pommern und einigen angrenzenden brandenburgischen und mecklenburgischen Gebieten. Der Bau ist als Einheit betrachtet, bei in Jahre 1907 ein Bild reger Bautätigkeit. Die Unterschiede in der Konjunktur sind äußerst bezeichnend: auf dem Lande Hochkonjunktur, in den Städten zunehmende Abschaffung des Geschäftsbauens. Die schlechte Lage des fidizialen Baugewerbes trat besonders stark in Siettis vor. Die private Bautätigkeit, vor hier sehr schwach, der Handelsanteil von den wenigen Bauobjekten entfiel auf öffentliche Bauten und Erweiterungsbauten von Fabriken. Folgende Zahlen geben ein ungefähres Bild von der Abnahme der Arbeitsgelegenheiten in den letzten Jahren: An Baugenehmigungen sind erhebt worden (das Jahr von April zu April gerechnet) im Jahre 1901/1902 1496, davon einfiesen auf Wohnhausneubauten 168, 1902/1903 1504 resp. 197, 1903/1904 1617 resp. 256, 1904/1905 1670 resp. 182, 1905/1906 1410 resp. 61, 1906/1907 1257 resp. 30. Für das Jahr 1907/1908 wird die Zahl eine weit Verbleichung zeigen, denn im Berichtsjahr ließ die Arbeitslosigkeit nur in den Monaten Juni, Juli und August einmal etwas nach. Da Stettin seine Wohnungsmarkt die Bautätigkeit beeinflusst hat. Der Wohnungsmarkt in Stettin dringt nach den Angaben der Section III der Nordostdeutschen Baugewerbs-Berufsgenossenschaft 1904 M. 5 000 000, 1905 M. 4 850 000, 1906 M. 3 580 000, Summa M. 12 350 000 also von rund M. 1 800 000.

Umso mehr gewinnt die Bautätigkeit auf dem flachen Lande an Bedeutung. Nach den Angaben der Section III ist die Betriebe von 2988 im Jahre 1906 auf 3860 im Jahre 1908 gestiegen. Der nadgewiesene Wohnungsmarkt liegt in derzeitigen Zeit von M. 14 253 000 auf M. 18 115 000. Für 1907 werden diese

Bauen eher höher als niedriger werden. Auf eine Umfrage gingen von 52 Wohnbezirken Antwort ein; davon meldeten 22 eine gute Arbeitsgelegenheit, 18 bezichteten sie als gut und 12 meldeten eine Verschlechterung gegen 1906. Alle Bezirke aber geben an, daß die Haupttätigkeit auf dem flachen Lande vorherrschen war. Der Anfang der vollen Bauaktivität trat bei 29 Bezirken schon im April, bei 6 im Mai und bei 7 Bezirken erst im Juni ein. Die ersten Entnahmen wegen Arbeitsmangels traten in 2 Bezirken im Juli, in 10 Bezirken im August, in 9 Bezirken im September, in 7 Bezirken im Oktober und in 6 Bezirken im November ein. In 18 Bezirken wurde unter Ausnutzung der günstigen Witterung bis zum Jahresende statt weitergebaut. Die Schau vor dem Winter ist auch auf dem flachen Lande überwunden. Wenn die Verkehrswege eingewachsen, die Anzahl von Materialien gestiegen, so kann man eben. In einigen Fällen mußte freilich wegen der elenden Logistikschwierigkeiten die Arbeit liegen bleiben. Insgesamt fand auf dem Lande errichtet worden: 289 Wohnhäuser, 298 Ställe und Scheinen, 23 öffentliche Bauten, 25 Wohnbauten und 38 Fabriken bzw. gewerbliche Anlagen. Unter Ställe und Scheinen sind die zu den Wohnhäusern nötigen nicht mitgerechnet, ebenso sind bei den Wohnbauten die Durchlässe, Brücken, Tunnels usw., die bei dem Ausbau der Strecken Münster-Danzig und Anger-münde-Straßburg nötig wären, nicht mitgerechnet. Die Ställe kann man getrostes Blutes zu den gewerblichen Anlagen rechnen. Auf die Entwässerung, Lüftung, Hinterzuhause und Heizlichkeit wird mehr Sorgfalt verwendet, als auf den Ausbau einer großstädtischen Mietwohnung. Die Ausdehnung kleiner Dörfer hat weitere Fortschritte gemacht. Zur Aufteilung kamen im Jahre 1907 13800 Morgen Land, auf denen 182 Höfe errichtet sind. Für 1908 sind die neu hinzukommende Aufteilung nicht gerechnet, noch 71 Höfe sind geplant.

In allem zeigt diese Statistik den Auswirkung auf dem platten Lande, der in der Bauaktivität zuerst zum Ausdruck kommt und der zumeist in den hohen Lebensmittelpreisen seine Ursache hat.

An den zum Gau gehörenden Teilen von Mecklenburg-Strelitz und Brandenburg liegen die Dinge ebenso; jetzt wird auf Jahre, im voraus gebaut. Trifft auf dem Lande ein Rückfall ein, so können die Städte keinen Erfolg bieten. Zwei hatten einige Städte eine sehr schlechte Bauaktivität, die meisten konnten nur mittelmäßig melden. Der Mangel an Industrie, die Nähe großer Güter, wodurch ein bedürfnisloser Arbeiterhand eingeschränkt und erzeugt wird, zum Teil auch schlechte Verkehrsverbindungen, bringen nicht nur Stillstand, sondern auch Rückgang für die Städte. So verzeichneten 1906 26 Städte eine Abnahme der Bevölkerung und 20 Städte konnten nur eine Zunahme unter 100 melden, daher auch der Stillstand in der Bauaktivität. Die Neuerungen, wie bessere Wasserversorgung, Kanalisation, Beleuchtungsanlagen, Edelstahlhäuser, moderne Schlafhäuser und Krankenhäuser, sind nur unter großen Opfern möglich.

Zu den bekannten Ostseebädern ist in den letzten Jahren stark auf Vorort gebaut worden, infolgedessen brachte der Herbst dieses Jahres nach einer schlechten Saison keine rege Bauaktivität. Srinemünde, Heringsdorf, Ahlbeck, Binnewitz leiden besonders, die übrigen sind mehr oder minder stark betroffen, dagegen zeigen einige kleine Dörfer längs des Strandes starke Bauaktivität.

Für 1908 ist auf dem platten Lande gute Arbeit zu erwarten. In den Städten ist auf keine Besserung zu hoffen und die Bautore dürften in der Entwicklung vorläufig den Höhepunkt erreicht haben.

Aus dem Gau Bremen wird berichtet, daß die Bauaktivität im Jahre 1907 nicht hinter der des vorigen Jahres zurückstand. In Ahlbeck war sie sogar noch besser als 1906. Die Zahl der beschäftigten Maurer hob sich vom ersten bis zum dritten Quartal um circa 100. Die gute Konjunktur beruhte nicht allein auf einer guten Privatbauaktivität, sondern auch auf Ausführung verschiedener staatlicher Bauaufträge, vorunter der Bahnhofsbau, das Zentralgefängnis und das Stadthaus der bedeutendsten waren. Diese Arbeiten wurden so ziemlich fertiggestellt, so daß sie für 1908 nicht mehr in Betracht kommen. Es sind zwar noch mehr Staatsbauten geplant, doch muß davon gerechnet werden, daß auch sie aufgezögert werden, wenn die Geldstrafe noch weiter um sich greift, ebenso wie das von anderen Privatbauten zu erwarten ist. Es verdient erwähnt zu werden, daß die im Arbeitgeberland organisierten Unternehmer einen Abkommen mit den Materiallieferanten geschlossen haben, das den Zweck verfolgt, die unbeständige Konkurrenz zwischen kapitalistischer Unternehmer zu befreiten. Bei der guten Konjunktur im Berichtsjahr konnte das zwar noch nicht sehr auf den Arbeitsmarkt wirken, in den kommenden mageren Jahren kann es aber sehr wohl die durch die Krise geschaffene Arbeitslosigkeit noch erheblich verschärren. Im Fürstentum Lippe war in allen Orten während der Baupériode Nachfrage nach Arbeitskräften. Besonders gut war die Konjunktur in Gütersloh und Ahaus und Bielefeld; in Gütersloh waren durchschnittlich 50 Maurer mehr beschäftigt als im Jahre 1906. Auch im Westfalen-holsteinischen Kreise Oldenburg war reichlich Arbeitsgelegenheit, wobei nur Neustadt i. H. eine Ausnahme macht, erst im Hochsommer trat hier eine anhaltende Besserung ein. Genauso günstige Arbeitsgelegenheit war im lauenburgischen Gebiet unseres Ganes. In Mecklenburg war die Konjunktur nicht einheitlich. In den Kleinstädten wurde meistens flott gearbeitet, so daß anhaltende Nachfrage nach Maurern vorhanden war. Ausnahmen machen Doberan, Neustadt, Süderhagen, Grevesmühlen und Kröpelin, wo sie mittelmäßig war. In den Bautoren Bremenshaupten, Rendsburg und Arnemünde ist die Konjunktur im Herbst nicht so gut gewesen, wie vor der Saison. In Gütersloh belebte sich die mittelmäßige Geschäftslage im Herbst etwas. In Bremen konnte man im Herbst ein Absaugen der Konjunktur beobachten, obwohl noch Arbeitswohnungen fehlten. Ein starkes Rückgang hat die Bauaktivität in Schwerin genommen. In den vorjährigen Jahren waren noch durchschnittlich 230 Maurer dort beschäftigt, 1907 durften es kaum 100 gewesen sein. Obwohl viele Kollegen aufs Land gingen und dort auch meistens Arbeit fanden, waren doch viele Arbeitslose vorhanden. Die Entwicklung in diesem Beamtenstaat stotzt gänzlich; die Einwohnerzahl hat sich seit 1905 um 1222 vermindert. Es gibt allerdings Leute, die die Schuld an dieser Rückgang dem legenden Bauarbeiterstreik zusetzen. Das ist aber nicht richtig; die Krise macht sich in Schwerin schon im Jahre 1905 bemerkbar. Bei dem Gehlen jeder Industrie dierte es

lange Bauern, ehe sich die Lage wieder nennenswert besserte. In Nostock wurde die gute Konjunktur durch die noch inhaltige zu Ende geführte Wohnbewilligung etwas aufgehoben. Gegen den Herbst macht sich hier auch schon die Geldknappheit recht bemerkbar. Genaueres läßt sich über die Bauaktivität nicht sagen, weil das baufachliche Zahlenmaterial wie ein Amtsgeheimnis ängstlich gehütet wird. Wer etwas wissen will, muß sich zunächst in einer Eingabe an die lebenden Verbaudenksäcke wenden, die dann prüfen, ob mit dem Material nicht etwa um Mißbrauch getrieben werden könnte. Unter dieser Umstände ist unterschätzbar.

Die Bauaktivität im Gau Berlin, dem der Mittelalteberg noch größten des Verbandes, läßt sich bei der Mannigfaltigkeit der im Gau vertretenen Wirtschaftsgebiete nicht einheitlich signieren. Wohl ist auch hier überwiegend eine Tendenz des Rückgangs zu feststellen, aber es hebt sich aus diesem Gesamtbilde doch einige heitere Partie ab. Die Leitung des Gaus hat mit großem Fleiß alles zu erlangende Material gesammelt, sowohl es geeignet erscheint, die Bildung eines zuverlässigen Urteils zu fördern. Soweit dies Material ausreichend ist, reicht es freilich erst bis zum dritten Quartal des Berichtsjahrs. Man muß sich indes damit abfinden. Über die Bauaktivität im Gebiete der Großstadt Berlin ist schon manches geschrieben, so wenig die Angaben auch im einzelnen nicht immer übereinstimmen, so stand doch die Tatsache fest, daß sich die hereinbrechende Krise auf den Gewerbe gerade im Bauwesen Berlins frühzeitig und empfindlich bemerkbar macht. Auch wir müssen die Frage offen lassen, was durch die Krise noch so ungünstig auf das reichsstädtische Baugewerbe wirkte — daß die hinsichtliche Tendenz nicht allein das Werk der internationalen Geldbalancen ist, das darf als grundsätzlich angenommen werden. Von dem Grade des Rückgangs unterrichten die beiden kleinen Tabellen a und b.

#### a) Baugenehmigungen 1906 und 1907.

	Berlin		Schöneberg		Charlottenburg	
	1906	1907	1906	1907	1906	1907
1. Quartal	145	1800	47	27	129	167
2. "	1833	1748	31	12	163	107
3. "	2814	2001	36	14	168	177
Summa	6192	5549	114	53	460	451

#### b) Fertiggestellte Neubauten 1906 und 1907.

	Berlin		Schöneberg		Charlottenburg	
	1906	1907	1906	1907	1906	1907
1. Quartal	189	165	64	86	147	62
2. "	205	160	10	18	61	39
3. "	243	127	80	62	63	57
Summa	687	452	154	111	271	158

Mehr als die Jahre 1904, 1905 und 1906 eine fortwährende Steigerung der Konjunktur brachten, erfolgte im Berichtsjahr der jährige Absturz, und man kann annehmen, daß das Bild auch durch die Zahlen vom zweiten Quartal nicht allzuviel verfälscht werden wird. Wenn in den beiden Tabellen auch nur drei Orte des Großstadtbereichs enthalten sind, so ist aber sicher, daß der Rückgang in den anderen Gemeinden Groß-Berlins in annähernd gleichem Maße vorhanden ist. Leider ist auch für das nächste Jahr keine Besserung zu erwarten, wenn nicht das Unwahrscheinliche eintritt, daß sich die allgemeine Weltkrise bessert. Selbst die Ausführung der kommunalen Bauten gerät ins Stocken. So will z. B. Niedorf vor der Aufnahme einer Anteile von 22 Millionen abziehen, wenn der Zinsfuß nicht herabgesetzt. Sider werden dann auch einige projektierte Bauten aufgezögert werden. Im dritten und vierten Quartal des Berichtsjahrs sind etwa 3000 bis 3500 Maurer weniger beschäftigt gewesen, als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Die Angaben über den übrigen Teil des Gaus stammen von den Verwaltungen unserer Zweigvereine. Wir geben zwei kleine Tabellen c und d wieder, die den Rückgang der Konjunktur auch hier deutlich genug darstellen.

#### c) Bauaktivität im Gau Berlin in den ersten drei Quartalen 1906 und 1907.

Art der Bezirke	In Jahren	In Jahren		In Jahren		In Jahren	
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
A. In städtischen resp. im industriellen Bezirken	1906	19	51	26	6	25	22
	1907	51	15	29	7	13	31
B. In ländlichen Bezirken	1906	23	25	71	27	11	88
	1907	23	23	77	23	9	76
					34	35	5
					61	57	

#### d) Zusammenstellung der Bezirke (verstädtschaften und ländlichen) der ersten drei Quartale 1906 und 1907.

In Jahren	In Jahren	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal	
		Gut	Schlecht	Gut	Schlecht	Gut	Schlecht
1906	174	44	97	33	86	110	28
1907	174	38	106	30	22	107	45

Wie man sieht, ist der Rückgang in der ersten Gruppe stärker als in der zweiten, den ländlichen Bezirken. In der weiteren Umgebung Berlins war die Konjunktur im Frühjahr mittelmäßig bis gut, im zweiten Quartal ging sie allmählich zurück und wurde im dritten Quartal überwiegend schlecht. In den ländlichen Bezirken war die Lage in allen drei Quartalen mittelmäßig bis gut. In einigen städtischen Bezirken, insbesondere in Senftenberg, infolge neuer industrieller Anlagen für die Braunkohlenfabrikation sehr gut. Auch für das kommende Jahr sieht noch eine hohe Bauaktivität in Aussicht. In Oberbischöneweide war die Konjunktur im ersten und zweiten Quartal überwiegend mittelmäßig, im dritten Quartal sank sie rasch und war gegen Schluss des Jahres überwiegend schlecht.

In einigen Landkreisen der Uckermark und Mecklenburgs, wie Kyritz, Rheinsberg, Havelberg, Malchow und Wittenberg, war im ersten und zweiten Quartal gute Arbeitsgelegenheit, in den Städtkreisen war sie nur mittelmäßig, die im ganzen Bezirk noch im dritten Quartal vorhanden war.

In der Provinz und im Osthavelland war die Konjunktur mittelmäßig ohne größere Schwankungen. In den Städten Wittenberg, Potsdam, Mahlow und Brandenburg brachte industrielle, kommunale und Staatsbauten hinreichende Arbeitsgelegenheit. In dem Gebiet von Lübbenwald und Beetzsee herrschte ebenfalls eine mittlere Konjunktur, die in den Städten im Sommer etwas lebhafter war. In Hermsdorf wieder schwächer wurde. In dem Gebiet der Städte Wittenberg und Elsterwerda war eine gute Arbeitsgelegenheit, die im Herbst eine ungewöhnliche Abschwächung erlebte. In Prenzlau war der herbstliche Rückgang etwas stärker. In Spandau brachte die Eröffnung neuer Gruben gute Beschäftigung. In Görlitz wurden industrielle Bauten und zeitmäßig ungünstige Wohnungsbauteile belebt. In Guben und Lübbenwald fanden die Kollegen Arbeit an den Gewerbe- und Wohnungsbauteilen einer großen Kampffabrik. In ganzem waren Staat und Gemeinden in großem Umfang an der Bauaktivität beteiligt.

#### Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baunutzungen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten höchstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

**Görlitz.** Ein schwerer Unglücksfall, dem zwei noch junge Kollegen zum Opfer fielen, ereignete sich am 5. Januar in dem der Stadt Görlitz gehörenden Bergwerk zu Langenau. Die Einheiten darüber rückten in die Dienststätte, um die verunglückten Bergarbeiter folgender Bericht:

"Die beiden Maurer Freund und Lange aus Langenau waren am Sonntag nachmittag um 5 Uhr vor Beendigung der Schicht in einem eisernen Kübel von 0,8 m Höhe und 0,6 m Durchmesser eingefahren, um nachzusehen, ob alles in Ordnung sei. Nachdem sie etwa 80 m von unten wieder aufgetaucht waren, gab es an der Mühle einen kurzen Rückzug, indem das Förderfahrzeug einen kurzen Kurzschluß hatte. Hierbei sprang der Trommel über den Krimmelstrang auf die Trommel, wodurch der Kübel 2 m herabstieg. Hierbei müssen die beiden benannten das Übergewicht bekommen haben, sind in die Tiefe gestürzt und haben dabei ihren Tod gefunden. Ein Bergarbeiter trifft weder einen Verantwoort noch sonst einen Beteiligten.

Das dortige Parteiblatt beweist, wie uns scheint, mit gutem Recht, die Darstellung und besichtigt, daß erst kurz vorher ein ähnlicher Unfall mit diesem Förderfahrzeug passiert ist, der aber keine Menschenleben kostete. Bezeichnend ist, daß man den auf dem Bergwerk beschäftigten Leuten ancheinend verboden hat, anderen gegenüber Mitteilungen zu machen; unsere Kollegen konnten dort nichts erfahren. Die beiden auf so entsetzliche Weise ums Leben gekommenen Maurer waren verheiratet. Außer den beiden hinterlassenen Eltern fünf und Freunde vier unzogene Kinder.

**Niebüll.** Am 8. Januar hat sich in Schleswig ein gräßliches Unglück ereignet. Der Bauhülfearbeiter Josef Niels kam so ungünstig in die Betonmaschine, daß ihm der rechte Arm förmlich aus der Schulter gerissen wurde. Der Arm wurde noch am selben Tag amputiert. Ein der Maschine schaffte die notwendige Schutzwirkung, nur deshalb konnte der Unfall geschehen. Abgesehen davon, daß die Bauleitung (Baufirma des Bondo & Halter) die Hauptverantwortlichkeit der Bauten durch die Betonmaschinen und die Ortspolizei überließ, war die Schutzwirkung des Betonierers nicht vorhanden, was der Betonierer selbst weiß. Die Polizei ist doch zur Aufrechterhaltung der Ordnung da. Mit dem Bürgermeister in Schleswig hatte der Vorsteher der Bauarbeiteraufsichtskommission eine Interredung über den Fall. Aufbau sich nun sozialer Auskunft zu erbeiten, war die erste Frage des Bürgermeisters, ob er der Vorsteher die Recht habe, sich in die Dinge einzumischen.

Nach derklärung dieser "Rechtsfrage" lagte der Herr Bürgermeister selbst, daß er keine, und daher nicht in der Lage sei, die Dinge verbessern zu können. Der Bürgermeister Dr. Jahn ist Arzt; schon in dieser Eigenschaft sollte er eigentlich wissen, was zum Arbeiterschutz notwendig ist. Auf die Fragen, betreffend Aborten und Verbandskästen, antwortete der Herr Bürgermeister: "Es ist alles in Ordnung!" Dem ist aber entgegen zu halten, daß für 80 bis 100 Männer nur ein einfacher Abort vorhanden ist. Der Inhaber des Verbandskästen ist unteren Kollegen in der Nr. 52 des "Grundstein" vom vorjährigen Jahre bekanntgegeben worden.

Ob Herr Dr. Jahn bei der nächsten Landtagswahl wieder kandidiert und den Wahlern von seinem "sozialen Programm" erzählt!

\* Ein Unglücksfall in Hamburg war der 10. Januar. Nicht weniger als vier schweren Bauunfälle ereigneten sich an diesem einen Tage. Ein Neubau des Atlantic-Hotels stürzte ein Schloß und erlitt schwere Verletzungen. Der zweite Unfall ereignete sich an dem Neubau des Unternehmers F. Jens, Hafstrookstraße; indem aus der dritten Etage beim Abswerfen der Steine ein Stein auf das eine Ende stieß, ließ, und dann auf den nebenliegenden, im Grunde befindlichen Neubau stieg und dort befürchteten Maurer Waldemar Prems aus den Kopf traf. Der Schwerverletzte wurde dem St. Georgen Krankenhaus zugeführt. Dieser Unfall hätte nicht stattfinden können, wenn das Schubdach die genügende Breite

gebäude hätte und mit einer Steinwand verblichen gewesen wäre. Der brutale Unfall ereignete sich auf dem Grundstück Winterhuderweg 60. Dort wird am hinteren Trügel des Vorderhauses ein zweites Stockwerk ausgelegt. Die Maurerarbeit wird von dem Bauunternehmer Nagel ausgeführt. Gleichzeitig der § 5 der Unfallversicherungsvorschriften belagt, daß für die Pflege und die unten Arbeitenden ein Schubzuschlag vorhanden sein muß, was das auch hier nicht der Fall. Die Hinterfront, in der sich mehrere Fensteröffnungen befanden, wurde von ihnen über die Hand gemauert. Kurz vor Feierabend war der Maurer Magnus Zimmer dabei, eines der schweren eisernen Fenster zu beschließen, als er plötzlich das Gleichgewicht verlor und samt dem Fenster auf den mit Bruchsteinen gesplasterten Schuhfuß stürzte. Er erlitt einen schweren Schädelbruch; er ist noch abends im Lohmühlenkantinenhaus verschwunden. Das Opfer des vierten Unfalls war der verschwundene Wollenspuk, der am Neubau des Unternehmers Mandir in der Bindenallee von der vierten Etage in den Stockfuß stürzte. Er erlitt einen doppelten Beinbruch. Dieser Unfall verhinderte beim Valfesten, wobei der Verunglückte auf einer Mauer stand, auf der er infolge der Glätte ausrutschte. Da es an jeglicher Schwungdrehung fehlte, so stürzte er hinab. Es sind dies vier folgerächtige Unfälle, immerhin aber sind diese vier folgerächtige Unfälle durch mangelnde gesetzliche Bestimmungen über Bauarbeiterabschluß und durch mangelnde Kontrolle über Befolgung der bestehenden Schutzvorschriften. Wie lange wird es noch dauern, bis der Senat mit einer Verordnung herausruft, durch die derartige Unfälle verhindert werden können, wenn die Kontrolle durch praktisch erfahrene Bauarbeiter mit ausgeübt wird.

### Aus Unternehmerekreisen.

\* **Zusammenschluß der Unternehmerverbände.** Mit dem 1. Januar hat sich ein Bauerverband Mitteldeutschland aus dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände für das Mauerwerk konstituiert. Der Bauerverband umfaßt das Königreich Sachsen, die Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt und die Provinz Schlesien.

Uns reicht über nur hoffe man einmal eine einheitliche Arbeitgeberbauteogeographie, denn aus dieser Aufteilung Deutschlands wird kein Mensch mehr kugeln. Erst etablieren sich die Leute am Markt als „Mitteldeutsche“ und nun verlegt man diesen Begriff auf Sachsen! Eins muß doch falsch sein. Also eine einheitliche Heimatgeographie, Herr Felicit!

\* **Die ordentliche Generalversammlung des Arbeitsgemeinschaftes für das Baugewerbe** findet am 17. und 18. Februar in „Tivoli“ in Hannover statt. Natürlich ist auch diese Generalversammlung nicht öffentlich; der Jurist ist nur Inhaber der vom Vorstand ausgestellten Legitimationskarten gestattet. Die Tagesordnung ist noch nicht bekannt gegeben; man will sie, wie es scheint, überhaupt nicht veröffentlichen. Die Ortsgruppen werden in dem Einladungsschreiben aufgefordert, schriftlich zu berichten, „wie sich die Wirkung der Berufsausbildung geltend gemacht hat.“

Die Tagung der Unternehmer fällt gerade in die Zeit, wo voraussichtlich die Tarifverhandlungen geflossen werden; durch die Generalversammlung werden diese also eine mehrtägige Unterbrechung erfahren. Dagegen glauben die Unternehmer, dann schon die ganze Geschichte erledigt zu haben, und in Hannover nur noch die Parole auszugeben?

### Aus anderen Bereichen.

#### Konferenz der Vorstandsvertreter der Zentralverbände.

Diese alle Jahre stattfindende Konferenz tagte am 16. und 17. Dezember v. J. in Berlin. Sie war ausschließlich praktischen Gewerkschaftsaufgaben gewidmet. Am ersten Stelle der Beratung stand die weitere Entwicklung der von der Generalausschaltung im Auftrage des Gewerkschaftsvereinigungsverbandes gewerkschaftlichen Unternehmerekreise in Berlin, deren Wissenswert von den Gewerkschaften ein stetig wachsendes Interesse entgegengebracht wird. Diese Kurse waren zunächst auf die Dauer von vier Wochen bei einer Teilnehmerzahl von je 50 Personen begrenzt. Die praktischen Erfahrungen zwangen zu einer Erweiterung der Dauer auf fünf Wochen und der Teilnehmerzahl auf 70. Auch diese Dauer wurde als zu knapp empfunden und eine Ausdehnung auf sechs Wochen gefordert, der die Zentralverbände zustimmten. Auch erwies es sich als notwendig, die den auswärtigen Teilnehmern seitens ihrer Organisationen vorbereiteten Diäten einheitlicher zu gestalten, und wurde ein Entwurf von 70 pro Tag nebst einer Wohnungsentlastung von M. 30 pro Monat für die in Frage kommenden Verhältnisse als angemessen bezeichnet. Endlich wurde die Generalausschaltung beauftragt, den Teilnehmern an den Unternehmerekreisen die zum Weiterstudium notwendigen Bücher zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Die Regelungen der Diäten der in Berlin einzügigen Kursteilnehmer wurde den Organisationen überlassen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Land- und Waldarbeiter, wobei die bisherigen Ergebnisse und die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete eingehend genügt und die Möglichkeiten einer wirksamen Organisation erörtert wurden. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, den Zusammenschluß der Land- und Waldarbeiter zu einer selbständigen Organisation zu empfehlen.

Hinsichtlich der Maßnahmen hatte die Konferenz die Frage zu prüfen, in welcher Weise sich die Unterführung der wegen der Beteiligung an der Arbeitswoche am 1. Mai ausgelösten im Einvernehmen mit der Partei am besten durchführen lasse. Den seitens der Generalausschaltung unterbreiteten Vorschlägen stimmte die Konferenz zu und beauftragte die Generalausschaltung, mit dem Parteivorstand das weitere zu regeln.

Die Frage der Jugendorganisation, die bereits frühere Konferenzen beschäftigt hatte, soll nach einem Beschlusse der Konferenz auf die Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg gestellt werden.

Aus der Praxis der wirtschaftlichen Kämpfe waren Anregungen gegeben worden, die auf eine Weiterentwicklung der in Köln (1905) beschlossenen Resolution betreffs Streitunterstützung hinzielten. Die auf der Vor-

ständekonferenz darüber getroffenen Erörterungen gelangten zu dem Beschlusse, von einer Aenderung dieser Resolution Abstand zu nehmen.

Auf dem Gebiet der Ausgestaltung der Gewerkschaftsstatistiken sind Neuerungen vorgesehen, die für die praktische Gewerkschaftsarbeit von weittragender Bedeutung sind. Da soll zunächst der bereits von der Internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Verbändeszentralen angeregte Statistik über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Ländern, Städten und Orten nähergetreten werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung dieser Statistik ergaben, veranlaßten die diesjährige Konferenz in Christiania, die Ausführung dieses Beschlusses wieder fallen zu lassen. Der Vorschlag ist aber ein so wesentlicher, daß die Vorstände der deutschen Gewerkschaften ihre Durchführung bereits vor Jahresfrist zugesagt hatten und auch jetzt noch daran festhielten. Diese einheitliche Erhebung wird nicht allein für die Wirtschaftsstatistik auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und der tariflichen Arbeitszeitregelung eine zuverlässige Grundlage der Beurteilung der vorhandenen Zustände ergeben, sondern auch der Propaganda für die gesetzliche Arbeitszeitregelung zum Stützpunkt dienen können.

Eine forlaufende Statistik der geltenden Tarifverträge und ihres sachlichen Inhalts will das Kaiserliche Statistische Amt der Reichsregierung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften aufnehmen. Obwohl eine solche Erhebung bedeutende Anprüche an die Arbeitskräfte der Gewerkschaften stellt, sagten die Gewerkschaftsvorstände des Statistischen Amtes ihre Mitarbeit zu:

Auch die Streitstatistik der Gewerkschaften soll in einigen Punkten eine Verbesserung erfahren. Um alle der Durchführung dieser statistischen Aufgaben entstehenden Schwierigkeiten durch entsprechende Ausgestaltung des Erhebungsmaterials leichter zu beheben, wurde eine aus Vertretern der größeren berufsverantwortlichen Industriegruppen gewählte Kommission eingesetzt, die im Gemeinschaft mit der Generalausschaltung zunächst die Fragebogen einer Prüfung unterzog.

In ihrem weiteren Verlauf trat die Konferenz der gewerkschaftlichen Literatur näher, die nach Qualität und Quantität in erfreulichem Maße aufgewertet wurde.

Die Druckgruppen werden in dem Einladungsschreiben aufgefordert, schriftlich zu berichten, „wie sich die Wirkung der Berufsausbildung geltend gemacht hat.“

Die Tagung der Unternehmer fällt gerade in die Zeit, wo voraussichtlich die Tarifverhandlungen geflossen werden; durch die Generalversammlung werden diese also eine mehrtägige Unterbrechung erfahren. Dagegen glauben die Unternehmer, dann schon die ganze Geschichte erledigt zu haben, und in Hannover nur noch die Parole auszugeben?

Endlich wurde noch die vorläufige Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg aufgestellt. Ihre Veröffentlichung bleibt der Generalausschaltung überlassen.

\* **Die Ausschaltung der Textilarbeiter am Niederrhein** ist aufgehoben, nachdem die Arbeiter ihre Forderungen fallen gelassen und die Fabrikanten erklärt haben, Maßregelungen nicht vorzunehmen.

\* **Die Verschmelzung der Zimtuverorganisationen** steht auf dem Widerstand der Berliner Lokalorganisation. Eine Gruppe von prinzipiellen Ständern hat es vermocht, zwei Versammlungen des Ortsvereins Berlin der Freien Vereinigung der Zimtuver zu beeinflussen, daß sie sich, entgegen früheren Beschlüssen, gegen die Verschmelzung mit dem Zentralverband erklärt. Die Leitung der Freien Vereinigung hat darauf einen Aufruf erlassen, wonin sie die Mitglieder aufruft, in Ausführung des Beschlusses der Konferenz die Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen und gegen Interimsmitgliedschaften des Verbandes einzutreten. Ob dieser Aufruf den gewünschten Erfolg hat, muß man dahingestellt sein; zu großen Hoffnungen auf ein gutes Gelingen der Einigung berechtigt die augenscheinliche Lage nicht.

\* **Die Einigung der Bauarbeiter steht bevor.** Nachdem zwischen den beiden seitigen Leitungen die Einigungsbedingungen festgestellt waren — sie entsprechen in der Haupttheile den bislang angenommenen —, tagte am 5. und 6. Januar die Konferenz der freien Vereinigung. An ihr nahmen auch Vertreter des Zentralverbandes, der Geschäftskommission und der freien Vereinigung der Fleischarbeiter, Maurer und Zimmerer teil. Nach langer Debatte wurde die Einigungsbedingungen mit 17 gegen 7 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Delegierten der Lokalorganisationen in Magdeburg, Hamburg, Bremen, Eberswalde und Rostock. Außerdem beschäftigte sich die Konferenz auch mit dem demokratischen Kongress der totalitären Gewerkschaften. Man beschloß die Befreiung des Kongresses durch sechs Delegierte. Auf den Verlauf dieses Kongresses, der am 22. Januar zusammentritt, kann man gespannt sein. Sicher wird es dort zu gründlichen Auseinandersetzungen zwischen den Freunden und Gegnern der Arbeitervereinigung kommen. Hoffentlich wird er klärlich machen und eine Scheidelinie ziehen zwischen denen, die es ernst mit der Gewerkschaft meinen, und denen, die ihren Lebensraum in der Ausübung von Berufshandwerk und in der Produktion höher schätzen.

\* **Unsere Gewerkschaften im Jahre 1907.** Das Correspondenzblatt der Generalausschaltung schreibt in seinem Rückblick auf das vergangene Jahr:

„Die Entwicklung der Gewerkschaften im Berichtsjahr nahm nicht den nürmlichigen Verlauf der Vorjahre; sie stand mehr im Zeichen der Festigung, als der Ausdehnung. Nachdem in den beiden letzten Jahren die Mitgliedergabe um circa 650 000 gefallen, konnte dieser Abstand der Indifferenter also erheblich vermindert werden, konnte dieser Aufgangsprozeß nicht ins Langsame weitergehen. Auch der Übergang von der Hochkonjunktur 1906 zur Wirtschaftskrise 1907 tonnte an den Gewerkschaften nicht ganz unbemerkt vorübergehen, sondern übte eine nährende Wirkung aus. So können wir nach den uns vorliegenden Abrechnungen und statistischen Schätzungen von 50 Organisationen, die meist das dritte Quartal betreffen, nur von einer Zunahme von etwas über 100 800 Mitgliedern berichten. Bei den übrigen Gewerkschaften dürfte eine Zunahme von etwa 30 000 Mitgliedern zu rechnen sein und der Jahresabschluß dürfte eine weitere Zunahme von 20 000 bis 30 000 Mitgliedern bringen, so daß der Jahreszusammenhang etwa 150 000 Mitglieder betragen dürfte. Unsere Hoffnung, im Jahre 1907 die zweite Million an Mitgliedern zu erreichen, wird vielleicht nicht ganz erfüllt sein, aber wir werden wenig dahinter zurückbleiben und das neue Ziel kann nur anstrengend auf alle Kräfte wirken. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß nur eine kleine Zahl von Gewerkschaften einen Mitgliedszufluss aufweist (bis jetzt liegen uns nur 3 statistische und 7 Schätzergebnisse mit etwa 5000 Mitgliedern weniger vor). Es ist dies ein Beweis, daß die Gewerkschaften, von geringen Schwankungen, wie sie alle Jahre vorkommen, abgesehen, ihren Bestand behaupten und sich demnach auch gegen die fertere Krise als widerstandsfähig erprobieren werden.“

Das heißt eigentlich das, was wir in unserem Rückblick als wahrscheinlich hinstellten.

\* **Die christlichen Gewerkschaften Österreichs** sind, so höre man neulich, in würdevollen Formularen begründet. Am 1. November die erste Konferenz der verbindlichsten sozialistischen christlichen Gewerkschaften tagte, rührte man gut einig die Relativtrennung. Auch in Deutschland polterte man damit unterm. Man verliefte statthaft nachzuweisen, daß es bis dahin drei christliche Gewerkschaften in Österreich gäbe, was bis dahin von vielen Kämpfern der österreichischen Arbeiterbewegung bestritten wurde. Man ist nun endlich mit dem Zahlenmaterial aus Licht gekommen. Es ist traurig genug. An Mitgliederzahlen wird folgendes geboten:

Name der Organisation	Anzahl der Mitglieder im Jahre 1907
Bäderarbeiter	1476
Bau- und Steinarbeiter	260
Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei	100
Holzarbeiter	600
Eisen- und Metallarbeiter	1300
Vergarbeiter	400
Labarbeiter	8260
Schuharbeiter und Schneidierinnen	450
Handels- und Verlehrarbeiter	100
Textilarbeiter	830
Gießarbeiter	10016
Gießarbeiterinnen	6500
Gastgewerbeangestellte	2226
Sonstige Gewerke	39892
	67000

Außer den Textilarbeitern und vielleicht den Eisenbahnern ist keine Organisation von Bedeutung dabei. Höchstens könnten die Tabakarbeiter noch in Betracht. Was soll man von den 260 Bauarbeitern sagen, was können die für die Allgemeinheit

bedeuten? Ober die 1200 Metallarbeiter? Ober die 400 Bergarbeiter? Nur interessanter sind die "Sonstigen Vereine", die rund 40000 Mitglieder haben sollen. Es sind dies Gebäude, die man in Deutschland kurz und bündig "gelöste Vereine" nennen würde. "Gewerkschaften" der Friedhofsbürokraten, der Badenbauer und anderer städtischer Arbeiter und Angestellter, die von den christlich-sozialen Gemeindewerken in die Organisation hingezogen worden sind. In den meisten der "sonstigen Vereine" sogenannte Meister und Meisterhöchsen neben Kästen im Vorstande. Man muss aber auch die angegebenen Mitgliedszahlen stark bezweifeln. Dafür wie auf Grund der Angaben über die Kostenverhältnisse.

Städtische Organisationen weisen 170 000 Kronen als Einnahmen, 80 000 Kronen als Ausgaben und einen Vermögensstand von 100 000 Kronen auf. Der Bericht bemerkt wörtlich:

"Die Einnahmen stehen selbstverständlich fast durchweg aus den Beiträgen der Mitglieder. Diese Beiträge schwanken bei den Zentralverbänden zwischen 30 Heller und 1 Krone. Einzelgebühr, 16 bis 60 Heller. Monatsbeiträge — die Verbände der Bergarbeiter und Eisenbahner haben Monatsbeiträge in der Höhe von sieben Heller — bei den übrigen Organisationen findet die Schwankung noch weit größer."

Die Herren haben recht: die "Schwankungen" ihrer "Vereine" ergeben sich sofort, sobald man die Beiratsteilung und Gesamteinnahmen der Gesamtorganisation der Christlichen oder ihrer Zentralverbände der Anzahl der "nicht im Rückstand befindlichen Mitglieder" gegenüberstellt.

Nehmen wir nun an, daß die 67 000 Mitglieder den sehr niedrigen Betrag von 20 Heller pro Woche bezahlen, so müßten anstatt der Gesamteinnahmen von Kr. 170 000 richtig Kr. 698 800 eingenommen werden sein. Da aber der Bericht selbst bemerkt, diese Summen seien zu niedrig angegeben worden, so wollen wir noch weiter heruntergehen und nur 16 Heller pro Woche als Beitragsleistung der 67 000 Mitglieder annehmen, es kommt noch immerhin die respektable Jahressumme von Kr. 557 440 heraus.

Mit der Gesamtorganisation stimmt es auf alle Fälle nicht; vielleicht bei den Zentralverbänden, deren Mitglieder, wie der Bericht selbst besagt, "nicht im Rückstand sind". Reden wir also nicht von 60, 50 oder 40 Heller, sondern nehmen wir nur 80 Heller pro Woche und Mitglied als geringste Beitragsleistung für die Zentralverbände an, die sie im Kampfe gegen die "modernen Städtehanten" kämpfen. Leider stimmt auch da die christliche Meinung nicht. Wenn 27 000 Mitglieder in den christlichen Zentralverbänden stehen und nicht im Rückstand sind, so müßten diese Verbände selbst schon über eine Jahreseinnahme von Kr. 421 200 verfügen. Und würden diese Vereine die niedrigste angegebene Quote von 16 Heller pro Woche und Mitglied einhalten, so müßten sie trotzdem eine Summe von Kr. 224 840 im Jahre einnehmen.

Die Einnahmen sämtlicher Gewerkschaften von Kr. 170 000 wollten wir den Zentralverbänden zu gute kommen lassen, damit wenigstens diese "Gewerkschaften" ihre 27 000 Mitglieder nachweisen können, und verzichten sogar auf die Einnahmen der 85 Vereine mit 39 982 Mitgliedern, um doch etwas von der christlichen Gewerkschaftsorganisation in Österreich bestehen zu lassen. Es geht aber mit dem besten Willen nicht.

Auf, ihr "christlichen Brüder", wo ist die "Armee" von 87 000 Arbeitern und Arbeiterringen, die in den christlichen Gewerkschaften stehen? Das dürfte genügen, um den Schwund aufzudecken, der mit der angeblich so stramm vorwärts marschierenden christlichen Gewerkschaftsbewegung Österreichs getrieben wird.

### Verschiedenes.

#### Aus den Liedern eines Armen.

Von August Eltinger.

Motto: Ich trage jeden Tag das Hoch,  
Ich trage es und singe doch.  
Und wenn's selbst mich, wie ein Mann,  
Das doch gereift, noch singen kann.

#### Komme, Hah!

Träumte noch von Domfrieden  
Und von inn'nen Harmonien,  
Als des Leidens Dissonanzen  
Mir schon Irrtum! Irrtum! schrien.

Mun die trüben Zeiten kommen,  
Wo von fern kein funkt'nes Licht,  
Wo des Hungers Flammen zündeln  
Mir um Hirn und Augenschl.

Mit ich' ihn, von dem ich einstens  
Voll Verachtung mich gehabt,  
Den die Zeit und Moi zu schaden.  
Und zu lieben mich geliebt:

Komme, Hah, du wildenlobster!  
Hast bei mir ein hässlich Haus.  
Ach, auch du stimmt' mich antrieben,  
Schnust' mich mit dem Schädel aus;

#### Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart), Paul Singer, Heft 15 des 28. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts sehe ich hierher: Ein Totengericht. — Jules Guesde und die französische Arbeiterbewegung. Von Ch. Nappoport (Paris). II. (Schluß) Ein neues Amtariat auf die preußischen Arbeiter. Von Paul Hörl. — Wirtschaftliche Rundschau. Von Rudolf Hildebrand. — Ueber Streiks und Aussperrungen. Von A. W. Dr. Notizen: Das Ende der Phosphorländer. Von E. W. Die statlichen Erhebungen über die Parteidokumentation Großberlins. Von zw. — Die Bezugsbeziehungen sind bekannt.

**Sozialreform für die Bureauangestellten.** Unter diesem Titel hat der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands eine von ihm an Reichstag und Bundesrat gerichtete Denkschrift über die Forderungen der Bureauangestellten an die sozialpolitische Gesetzgebung in Provinzialform erledigen lassen. (Preis 30 Pf.) Die Schrift schildert die elende Lage der Bureauangestellten, der "Proletarier im Siebziger", und fordert die Ausdehnung der Gewerbeordnung und der Gewerbeberichter auf die Bureauangestellten aller Branchen, insbesondere auch die Bestützung der grenzenlosen Lehrlingslückerei. Zwei Drittel der Bureauangestellten sind Jugendliche! Diesem Umstände und der Indolenz der

Bureauangestellten ist es anzuschreiben, daß die Organisation der Bureauangestellten mit den ungeheuerlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, daß sie noch klein ist und erst geringe Erfolge erzielen konnte. Deshalb sorge jeder organisierte Arbeitervater dafür, daß seine Kinder und Verwandten, die als Bureauangestellte bei Nechtsamwälten, Sicherungsbehörden usw. beschäftigt sind, Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufs werden. (Anmeldungen erbeten an den Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands, Berlin, Schönstr. 33.)

### Briefkasten.

Altenburg, O. M. Woher weiss Du denn, daß wir die Anzeige am 29. Dezember erhalten haben? Du hast die Veränderung nicht berichtet; die Weise ist an der Jahresende erschienen; die Anzeige kam für Mr. I zu spät.

Radeburg, G. & C. In Preußen besteht eine Bernlödigung, aber nicht auf Grund des Bürgerlichen Gebührengesetzes, sondern auf Grund eines besondern Gesetzes vom 24. Juli 1891; die Steuer selbst ist jedoch erst 1895 in Kraft getreten. Steuerpflichtig sind nur physische Personen, nicht Gewerbsgesellschaften. Der Steuerzettel ist sehr niedrig; er beträgt nur 2 pro Mill. Prozent, von der Steuer sind Kapitalien bis zu Kr. 6000, sofern der Besitzer nicht mehr als Kr. 900 Einkommen besitzt; außerdem sind noch zahlreiche Vergünstigungen für die Besitzer höherer Kapitalien im Gesetz vorgesehen. Sehr drückend ist also die Steuer für die davon betroffenen gerade nicht.

Wittenberge, G. & C. Im Generalanzeiger

Flensburg. Berichtet uns doch mit solchen Erklärungen, wie nehmen sie nicht auf.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichte wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Sterben Mitteilung gemacht wird. Die Tafel kostet 15 Pf.)

Altenburg. Am 6. Januar starb nach langem Leiden unser Kollege Gustav Bauer an Schwindfieber. Berlin. Am 5. Januar starb unser treuer Kollege Wilhelm Littmann im Alter von 74 Jahren an Alterschwäche.

Bernburg. Am 4. Januar starb nach langem Leiden unser Kollege Friedrich Krüger im Alter von 59 Jahren.

Bitterfeld. Am 11. Januar starb unser Kollege Hermann Lehmann infolge eines Suizides vor der Treppe.

Dresden. Am 30. Dezember starb unser Verbandskollege Gustav Schröder aus Leubnitz bei Dresden im Alter von 55 Jahren.

Görlitz. Am 5. Januar starb plötzlich unser treuer Kollege Paul Freytag aus Langenau bei Görlitz im Alter von 27 Jahren infolge eines Unglücksfalls in dem städtischen Braunkohlenbergwerk.

Gr. Schönbeck. Am 2. Januar starb unser Kollege Karl Klawien im Alter von 63 Jahren an Herzschwäche.

München. Am 26. Dezember starb unser Kollege Xaver Wittmann im Alter von 31 Jahren an der Proletarierfeindschaft.

Münster-Spörich. Am 5. Januar starb unser treuer Verbandskollege Georg Weiss im Alter von 31 Jahren an der Proletarierfeindschaft. — Am 6. Januar starb unser treuer Verbandskollege Julius Göbel im Alter von 34 Jahren an Rippenfellentzündung.

Posen. Am 4. Januar starb unser Mitglied Jakob Kuzma im Alter von 84 Jahren nach langem Krankenlager an Lungentuberkulose.

Schmärdendorf. Am 6. Januar starb unser Kollege Gustav Janetzke im Alter von 65 Jahren an Schädelbruch durch Unglücksfall.

Erhebt euren Andenken!

### Frankenberg i. S.

Die Adresse des ersten Vorstandes ist jetzt:

**Max Pezold, Klingbach 11.**

Der Vorstand.

[M. 1,50]

Frankfurt a. d. O.

Der Kassierer Wilhelm Niklaus wohnt

Gopfchenstraße 36.

Beiträge und Anmeldegänge werden jeden Dienstag, abends von 7 bis 9 Uhr, nur im Gewerkschaftshaus entgegenommen. Die Krautunterstützung wird Sonntags von 11 bis 12 Uhr in der Wohnung des Kassierers ausgezahlt.

[M. 3]

Der Vorstand.

### Penig.

Die Wohnung des Kassierers Richard Dittrich ist

**Schloßstraße Nr. 360.** [M. 1,50]

Salzwedel.

Die Wohnung des ersten Kassierers Fritz Haase befindet sich vom 1. Januar 1908 ab:

**Vor dem Neuentor Nr. 58.**

[M. 2,10]

### Jork-Estebrügge.

Die Adresse des Vorstandes ist jetzt:

**Hermann Brösicke, Estebrügge,**

bei des Kassierers:

**Johann Voss, Estebrügge.**

Der Vorstand.

[M. 2,40]

### Oranienburg.

Sonntag, den 19. Januar, nachm. 4 Uhr:

### Winterfränzchen

bei Ernst Schumann, Schlossstraße.

Sämtliche Kollegen von Oranienburg und Umgegend sind mit ihren Familien freundlich eingeladen. [M. 3,30]

Der Vorstand.

### Zehdenick.

Sonntagnachmittag, den 25. Januar, abends 8 Uhr:

### Großer Wiener Maskenball

im Lokale des Herrn Buchholz.

Alle Kollegen, auch die Kollegen von den Ortschaften, sind hiermit freundlich eingeladen. [M. 3,30]

Der Vorstand.

### Aufforderung.

Der Kollege Hugo Habermann (Werh.-Nr. 194 818) soll als Beige nominiert werden. Er wird deshalb erucht, seine Abreise dem Unterzeichneten anzuzeigen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten beläuft ist, werden um Nachricht gebeten. [M. 2,40]

J. A. Gust. Weise.

Der Maurer Aug. Lemmermann, geb. zu Lüneburg, wird gebeten, seinen Eltern seine Abreise zu informieren zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten beklaut ist, werden ihn hinauf aufzurufen machen, oder dem Zweigverein vorstand in Lüneburg die Abreise mitteilen. [M. 1,80]

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Männer.

Sonnabend, den 18. Januar.

Bergedorf. Im Lokale des Herrn Sandtke. Vortrag.

Sonntag, den 19. Januar.

Glesien, Nachm. 2 Uhr im "Arbeiterkino" zu Schwedt.

Grosswig. Im Thomashaus Lokal zu Großwig. T.O.: Vorstandswahl.

Radzin, 3 Uhr Generalversammlung bei Wiss. Mensch in Keuschnegk.

Ohlau. Nachm. 8 Uhr im "Gasthof zur Stadt Oels".

Wiesenbürg. 2 Uhr im Vereinslokal. T.O.: Jahresbericht und Vorstandswahl.

Zehdenick. Nachm. 8 Uhr bei Buchholz. T.O.: Bericht des Vorstandes und Neuwahl.

Mittwoch, den 22. Januar.

Berlin. (Gruppe Maibürger und Erzäger.) Nachm. 8 Uhr in den "Krimin-Gäerten", Kommandantengasse 68/69.

Berlin. (Gruppe Maibürger.) Nachm. 8 Uhr bei Haußmann, Inselstr. 10.

Sonnabend, den 23. Januar.

Nürnberg. (Sektion der Kriegerlegion.) Nachm. 8 Uhr Generalsammlung im "Hoftheater Hof" (Gewerbeschauhaus).

Sonntag, den 24. Januar.

Berlin. (Beim Krieger.) Nachm. 10 Uhr im Gewerbeschauhaus, Enger-Werder.

Döhlen. Nachm. 8 Uhr. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Hintersee. Nachm. 11 Uhr bei Bester in Lichtenburg.

Mannheim-Ludwigshafen. Nachm. 8 Uhr im Hotel Dicht. Ludwigshafen. Brückenwaltung. T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung zum Gewerbeschauhaus.

Speyer. Nachm. 8 Uhr bei Schmitt, Stiftstraße. T.O.: Vorstandswahl, Vorstandswahl, Anträge und Delegiertenwahl zur Gewerkschaftsversammlung.

Templin. Nachm. 8 Uhr bei Kühn.

Sonntag, den 25. Januar.

Gr.-Lichterfelde. Nachm. 9 Uhr im "Käferhof". T.O.: Bericht des Vorstandes.

Kemhagen. Nachm. 9 Uhr im "Gärtchen am preußischen Kranz". T.O.: Vorstandswahl vom zweiten Quartal, Reinweih der dritten Verwaltung.

Luckenwalde. Nachm. 9 Uhr bei Schmidt, Stiftstraße. T.O.: Abrechnung, Wahl der dritten Verwaltung, 3. Reparatur, Vorstandswahl vom zweiten Quartal.

München. Sonnabend, 9 Uhr Generalsammlung im Restaurant "Gaudenzius".

Reinickendorf. Sonnabend, 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sonneberg. Nachm. 9 Uhr bei Schmitt, Stiftstraße. T.O.: Vorstandswahl vom zweiten Quartal, Reinweih der dritten Verwaltung.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Delegiertenversammlung und Jahresbericht.

Sommerfeld. Nachm. 9 Uhr im "Gärtnerhof". T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl,